

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark (halbmonatlich 1 Mark); durch die Post bezogen monatlich 3 Mark (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprechkommunikation 17259 / Postfach Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel-Strasse 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Freitag, den 11. Februar 1927 Nummer 35

25 000 Metallarbeiter ausgefesselt!

Die Unternehmer greifen an!

Ausdehnung des Streiks muß die Antwort der Arbeiter sein
Die Metallindustriellen in Leipzig haben heute 25 000 Metallarbeiter ausgefesselt, weil der Metallarbeiterverband die Arbeitsaufnahme nicht beschlossen hat. Auf Grund dessen kommt weiter in Frage, daß der Arbeitgeberverband, das sogenannte Kartell des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie, die Gesamtausfesselung in Sachsen am 18. Februar beschlossen hat, falls bis dahin die Wiederaufnahme der Arbeit nicht erfolgt. Die sächsische Regierung hat die Parteien für Sonnabend zu Schlichtungsverhandlungen nach Dresden geladen. Mit einem Uebergreifen auf ganz Sachsen ist zu rechnen. In Leipzig wird weiter gestreikt. Die Stimmung der Arbeiter ist glänzend, sie verlangen die Fortsetzung des Streiks. Auf Grund der Ausfesselung ist eine Verschärfung der Lage eingetreten, weil jetzt der Kampf in ganz Sachsen folgen muß.

nehmer mit der Fortführung des Streiks beantwortet. Jetzt gilt es, den Sieg auf der ganzen Linie zu sichern. Der Sieg wäre auch in diesem Fall die beste Parole. Die Metallarbeiter Sachsen müßten den Unternehmern vorzählen. Der Streik vor Beginn der Ausfesselung wäre auch hier die richtige Antwort. Aber nicht nur auf Sachsen darf dieser Kampf beschränkt bleiben. Mit aller Macht muß auf eine noch breitere Bewegung hingearbeitet werden. Die Unternehmer müssen die Macht der Arbeiter zu spüren bekommen. Die gesamte mitteldeutsche Metallarbeiterschaft, die Metallarbeiter aller größten Orte, zum mindesten Berlin, müssen sofort in diesen Kampf eingreifen. Die Metallarbeiter müssen an ihre Verhandlungsstelle sofort die Frage stellen was dies getan, um die Kampffront zu verbreitern. Ist die Verbindung mit den Gewerkschaftsstellungen der Nachbargebiete hergestellt? Ist der Hauptvorstoß aufgeföhrt, sofort Maßnahmen zu einer mächtigen Gegenaktion zu treffen?

Vor einer außenpolitischen Offensive des Bürgerblods

Daß die Bürgerblod-Regierung nicht nur eine neue Etappe der Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie einleiten würde sondern auch dem imperialistischen Machstreben des neuen deutschen Imperialismus Geltung verschaffen soll, haben wir des öfteren unterrichtet. Nächstes als zu erwarten war, bringen die Ereignisse eine erste Beilegung dieser Bürgerblod-Regierung, die sich bereits in ihrem nächsten Ziel und in ihrer allgemeinen Richtung deutlich abzeichnet. Der unmittelbare Anlaß für den Vorstoß ist durch die kommende Völkervereinigung, die am 7. März beginnt, gegeben. Dort wird „möglichst rasch“ und mit großer weltpolitischer Angelegenheiten der Rat der in Genf versammelten Staatsoberhäupter sich zu befassen haben, als mit jenen Fragen, an deren Erledigung Deutschland besonders gelegen sein muß“ (Kriegszeitung vom 9. Februar 27.) Aber für die Aufstellung der Räumungsfrage darf es auch kein Hindernis sein. Das ist in der gesamten Bürgerblod-Regierung heute der Wille, und das Blatt der Reichsbannerkometaden, Dr. Germania schießt den Vogel ab, wenn sie antwortend an die Reichsregierung nach Italien und an die Regierung des Völkervereinigung mit Italien folgenden immorally überauschenden deutschen Kommentar knüpft:

Die Leipziger Industriellen habe eine Kraftprobe herauszufechen. Es geht um einen großen Zweck, die 48-Stundenwoche und die 64-Stundenwoche stehen sich gegenüber. Es geht um die 48-Stundenwoche. Hier kann eine Entscheidung darüber fallen, ob die Nationalisierung weiterhin auf Kosten der Willkürlichen Expropriation durchgeführt werden soll, oder ob der Kampf um Vergünstigungen, ob die Gegenwart der Arbeiter ein altes System erschaffen und den Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter erschwert werden soll.

Es bleibt merkwürdiger Fall auf den Gewerkschaftsbureaus. Die Metallindustriellen in Dresden haben heute einen Antrag herausgebracht, daß, wenn keine Einigung erzielt wird die Ausfesselung am Dienstag in ganz Sachsen erfolgt. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes rührt sich bis jetzt nicht. Noch drei Tage trennen die Metallarbeiter von der Ausfesselung, aber die Verhandlungsstelle hat es nicht einmal für notwendig erachtet, die Vertrauensleute zusammenzurufen. Diese absolute Passivität der Verhandlungsstelle läßt darauf schließen, daß die Verhandlungsleiter die Absicht haben, vor den Unternehmern zu kapitulieren. Hier durchgeführte Kapitulation ist aber die Preisgabe des Achtstundentages für alle Industriezweige.

Die bevorstehenden Verhandlungen über die Rheinland-Räumung werden eine neue schwere Prüfung für die deutsch-französischen Beziehungen bedeuten. Für den Fall, daß es nicht gelingt, in absehbarer Zeit zu befriedigenden Resultaten zu kommen, werden die Möglichkeiten einer antifrösischen Orientierung Deutschlands ernsthaft erwogen.“ (11)

Die Unternehmer wissen, um was es geht. Sie haben diesen kleinen Kampf herbeigeföhrt und zu einer Kraftprobe geführt. Hier in Leipzig und in Sachsen soll der wiedererwachte Kampfgeist der Arbeiter gebröhen, soll der Weg für den 10-12-Stundenstag freigemacht werden. Dem Kampf der Leipziger Metallarbeiter, der heute erfolglos Ausfesselung gibt die höchste Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft.

Die Arbeiter ganz Deutschlands begrüßen den Kampf der sächsischen Metallarbeiter. Ein Appell an ihre Hilfe wird freudig beantwortet werden, wird die Kampfstimmung der gesamten deutschen Arbeiterschaft begrüßen. Unterstützung der Streikenden keine Streikarbeit, das ist jetzt die Aufgabe des gesamten deutschen Proletariats.

Wenige Monate nach Thoiry und im Blatte der Freunde des Herrn Reichsblod, ist es immerhin starker Lobal. Die Germania, die mit zu denen gehört, die die beachtliche Reichsmann-Reise nach Italien wohnen auf wichtige befristeten, liegt dann den noch begehrenden Sach hinzu:

Kündigung des Lohnabkommens der Dsnabrücker Metallarbeiter

Den den Dsnabrücker Metallarbeitern wurde auf einer fortwährenden Versammlung folgende Entschlieung geföhrt: Die am 7. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat eingehend über die Frage des Arbeitszeit- und Lohnabkommens Stellung genommen. Sie sieht, sowohl in der Arbeitszeitfrage, sowie auch in der Frage des Lohnes die Lage als unhaltbar an und be- schließt die Krisenbewältigung, das Arbeitszeit- und Lohnabkommen zum 28. Februar zu kündigen. Weiter beauftragt sie die Krisenbewältigung mit den Verwaltungen des Ruhrgebietes Verbindung anzuknüpfen, um gemeinsam den Achtstundentag und eine den Verhältnissen Rechnung tragende Lohn- erhöhung zu erreichen.“

Der Bürgerblod verteidigt den Reichsminister

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute soll im Reichstag die kommunistische Interpellation gegen den Innenminister von Reubell, den Kapphochverräter, zur Verhandlung kommen. Gleichzeitig stellt der kommunistische Fraktionsantrag gegen Reubell zur Abstimmung. Der Reichsminister Marx will durch einen Geschäftsordnungsvorschlag jede Erörterung und Beratung verhindern lassen. Er will vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung zum Fall Reubell abgeben. Eine solche Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung braucht geschäftsordnungsmäßig von keiner Debatte geföhrt zu sein. Die Bürgerblodparteien beabsichtigen dann, durch eine detaillierte Mehrheitsabstimmung einfach jede Diskussion über die Erklärung der Reichsregierungsabwärtigen. Ein Sprecher der Bürgerblodparteien wird ferner beantragen daß die kommunistische Interpellation von der Tagesordnung abgelehrt wird und erst bei der Erörterung des Innenministeriums später behandelt werden soll. Die Bürgerblodparteien werden auch diesem Abwärtigungsantrag zustimmen.

„Eine ziemlich verwirrte, unklare, aber doch weitreichendere Diskussion hat jetzt darüber eingeleitet, wie nach der endgültigen Regelung der Entwaffnung das wichtige zwischen Deutschland und Frankreich liegende Problem, d. h. die Räumung der besetzten Gebiete verwirklicht werden soll. Zweifellos stehen wir also vor einer langanhaltenden und groß angelegten Kampagne...“

Und während die Germania mit einer offenen Kündigungsbewegung an Frankreichs Adresse zu hören war, wird von dem Herrn Staatssekretär J. D. eine ebenso offene Verbeugung vor dem englischen Imperialismus präsentiert. In dem angezogenen Artikel verweist dieser Rheinländer auf die Haltung des Regierungsoberleiters im englischen Oberhaus, wo dieser den Wunsch betonte, daß die Räumung der besetzten Gebiete vorzeitig erfolgen möge und unabhängig davon auf jeden Fall die Truppenzahl in der zweiten und dritten Zone erheblich herabgesetzt werden sollte:

Ausfesselung in Schlesien

Die sächsischen Textilindustriellen haben die Ausfesselung von 24 000 Textilarbeitern beschlossen, denen weitere 20 000 folgen sollen.

Massendemonstration proletarischer Frauen in Berlin

Berlin, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Kundgebung der proletarischen Frauen auf der Weberstraße wurde zu einer großen Demonstration. Ansehend fand im Schwerepark eine Massenversammlung statt, die überfüllt war, so daß Parallelsammlungen abgehalten werden mußten. Die Parteioffiziere des Sozialdemokraten Fraktionskomitees und Arbeiterinnen, kürzten sich auf die Arbeiterinnen und verprügelten sie, entrißen den Frauen die Transparente und vernichteten diese. Am Königsplatz wurde der Zug durch die Polizei aufgehalten. Die Aufführung des Stückes „S 218“ wurde verboten.

Das ist genau das, was als deutsches politisches Recht an dieser Stelle immer wieder vertreten worden ist.“ (11)

Spanisch-französische Tanager-Konferenz

Paris, 1. Februar. Die spanisch-französischen Verhandlungen über die Revision des Tanagerstatuts begannen heute. Die Zeitungen, die sich mit der Tanagerkonferenz befassen, sehen Schwierigkeiten mit Spanien voraus. Seit Parisien erinnert daran, daß die Konvention von 1923, die den politischen Status von Tanager regelt, auf 12 Jahre abgeschlossen worden ist. In den noch laufenden 8 Jahren empfindet Frankreich kein Bedürfnis nach Statusquo abzuändern. Es fände lediglich zu einer Änderung im Verwaltungsbetrieb kommen. Was England anders lange, so liegt diesem offenbar nichts daran, die Hälfte des Schiffs zum Mittelmeer an eine andere Macht abzugeben.

Ausfahrt nach sieben Stunden

Was der VAW der bürgerlichen Presse nicht mitteilt
Der Bergarbeiterverband vorbereitet durch die bürgerliche Presse die Mitteilung, daß am 8. Februar 120 kombinierte Mitgliederversammlungen des Bergarbeiterverbandes stattgefunden haben, die einstimmig der von ihnen vorgelegten Entschlieung zustimmten hätten. In diesen Entschlieungen, die angenommen sind, wird die Kündigung des Arbeitszeitabkommens bekräftigt, gleichzeitig aber die Frage der Wiedereröffnung der Arbeitstunde nicht von der Schöpfung eines Arbeitszeitnotgesetzes erörtert.

Spanisch-französische Tanager-Konferenz

Paris, 1. Februar. Die spanisch-französischen Verhandlungen über die Revision des Tanagerstatuts begannen heute. Die Zeitungen, die sich mit der Tanagerkonferenz befassen, sehen Schwierigkeiten mit Spanien voraus. Seit Parisien erinnert daran, daß die Konvention von 1923, die den politischen Status von Tanager regelt, auf 12 Jahre abgeschlossen worden ist. In den noch laufenden 8 Jahren empfindet Frankreich kein Bedürfnis nach Statusquo abzuändern. Es fände lediglich zu einer Änderung im Verwaltungsbetrieb kommen. Was England anders lange, so liegt diesem offenbar nichts daran, die Hälfte des Schiffs zum Mittelmeer an eine andere Macht abzugeben.

Der Sinn aller dieser Ausführungen ist vollkommen klar. Die Bürgerblod-Regierung droht mit der sofortigen Eingliederung in die Churchill-Front, und zweifellos würde sie diese Drohung nicht aussprechen, zweifellos würde Herr Reichsmann nicht nur doch zu Mussolini bereit sein, wenn diese Eingliederung nicht bereits weitgehend vorbereitet und zweifellos auch mit weitgehenden Zugeständnissen vor allem des englischen Imperialismus ertauscht wäre. Von diesen Zugeständnissen wird zunächst ganz offenkundig nur die Verpflichtung in der Räumungsfrage genannt. Es ist aber klar, daß nicht deshalb allein Hindenburg seinen Neujahrs-Kotau vor dem „Vasillismus“ aufgeföhrt, nicht deshalb allein die Deutschnationalen in die Regierung um jeden Preis sich hineinmandorieren, es ist klar, daß diese steigenden Forderungen in der Vorbereitung einer neuen außenpolitischen Linie voraussehen lassen: ihre Verfestigung den französischen Imperialisten gegenüber.

Am 1. März Ausfahrt nach sieben Stunden, Schlieung von Kampfbedingungen mit den Metallarbeitern und den Arbeitern des Bergbaus. Entsprechende Lohnverhandlungen usw.

Vor allem aber wird geföhrt, um die Einheit der Bergarbeiter um Kampf herausstellen die sofortige Wiederaufnahme des aus dem VAW Ausgeschlossenen.
Die Entschlieungen zeigen weiter, daß die Bergarbeiter nicht gemäß sind, sich erneut betören zu lassen. Deshalb fordern sie die Vornahme einer Urabstimmung vor jedem Abkühlung eines neuen Tarifvertrages.
Wir werden den Inhalt der einzelnen Erklärungen und der verschiedenen Forderungen noch veröffentlichen.

dem niederrheinischen Landesparteiitag gemachten Versicherungen, wo dieser Spahn sagte: „Die Deutschnationalen seien in die Regierung eingetreten, um dem Auswärtigen Amt in Berlin endlich einmal die Augen über die veränderte weltpolitische Lage zu öffnen. Deutschland müsse weit über seine Grenzen hinaus schauen, dahin, wo England mit seinem Einfluß ringe, dahin, wohin jahrhundertlang deutsche Kolonialpolitik gegangen sei, nach Asien.“ Und wenn an den Ausführungen Spahns noch Zweifel möglich wären, an welche Abenteuer er dachte, so beseitigen sie die heute veröffentlichten Einleitungsartikel der neuen außenpolitischen Offensiv, die allezeit mit besonderer Intensität den russisch-englischen Konflikt betonen. Und die daraus für Deutschland sich ergebende Lage ins Auge faßt:

„Immer mehr wird überhaupt der Gegensatz zu Moskau zum Leitmotiv englischer Außenpolitik und wirkt sich dementsprechend aus. Das Randstaatenproblem, die polnischen Unruhen, die Zukunft Litauens sind längst, ähnlich wie einst die Balkanfragen vor dem Kriege, der Gegenstand nachhaltiger Anstrengungen der Politik der Großmächte geworden.“

So schreibt z. B. der Volksparteiler Rheinbaben, der sich eben in der Räumungsfrage als Vorkämpfer einer auf England gestützten deutschen Außenpolitik im gleichen Artikel bekannt machte. Und er fährt fort:

„So gibt es, schneller als viele Deutsche bei uns dachten, auch für die deutsche Politik wieder Zusammenhänge mit dem, was wir früher Weltpolitik zu nennen pflegten. Rußland hat seine eigenen Auffassungen auch über die künftige Gestaltung der Länder, die östlich von Deutschland liegen, England hat andere, entgegengesetzte... Noch scheint es weit von der Erkenntnis, was auch in den Ländern zwischen Deutschland und Rußland geschehen möge, dies zum Frieden Europas nur als ein Akt mit Deutschland gemeinsam zu führender und seine Interessen berücksichtigender Politik geschehen kann.“

Mit einfachen Worten: Drohung und Druck gegen Frankreich in der Räumungsfrage, Drohung und Druck gegen das mit Frankreich verbündete Polen im Osten, Unterjochung der neuen imperialistischen Mächte Deutschlands, alles mit einer härteren Anlehnung als jemals bisher an die Hauptlinie der englischen Politik, mit keinem anderen möglichen Ziel als dem, zunächst unmittelbar Erfolge in der Räumungsfrage usw. und weiterhin in dem gemeinsamen Endziel des Kampfes der vereinigten Imperialisten gegen die Sowjetunion. Seit dem Kriegsausbruch durch seinen Sitz in Rom, seit dem offenen Einmarsch des italienischen Imperialismus in diese Front hat es keine stärkere und keine alarmierendere Angruppierung auf die Kriegspolitik der englischen Imperialisten gegeben als diejenige, die heute zum erstenmal von den deutschen Bürgerblöcken am Beginn ihrer außenpolitischen Offensiv ausgesprochen wird.

Keine Mittel für soziale Leistungen

Im Haushaltsausschuß A stand heute der Antrag wiederum zur Behandlung, 10.000.000 RM den Fürsorgestellen zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag war vom Landtag in einer Sitzung vom 16. Dezember 1926 angenommen worden. Die Regierung hat sich aber bis heute geweigert, denselben durchzuführen. Die Regierung erklärte, daß es ihr ganz unmöglich sei, bei den Millionenpannungen im Etat mehr als 1 Million zu bewilligen.

Für den Antrag von 10 Millionen Mark hatten im Dezember 1926 neben der SPD und SPD die USPD und die Aufwarter gestimmt. In der Ausschussberatung stellte sich, wie zu erwarten war, der USPD-Müller auf den Boden der Regierung. Der Aufwarter Rad erklärte, was würde es nützen, 10 Millionen Reichsmark zu fordern, wenn der Finanzminister erklärt, daß die Finanzlage diese Forderung nicht verträge. Er stellte einen Antrag: 3,15 Millionen RM hat 10 Millionen RM zu bewilligen. Es waren also die USPD-Leute und die Aufwarter umgewandelt.

Nun erklärte Liebmann von der SPD, als von den Demokraten beantragt wurde, die Vertagung abzulehnen und den Antrag Rad anzunehmen: „Das wäre wenigstens was.“ Damit bereitete er den Umfall der SPD vor, obwohl sich vorher die SPD-Medner stark für den Antrag von 10 Millionen RM eingesetzt hatten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag von 10 Millionen Reichsmark gegen die Stimmen der Bürgerlichen mit Einspruch der USPD und der Aufwarter abgelehnt. Der Antrag der Aufwarter, 3,15 Millionen RM, wurde gegen die Stimmen der SPD und der Deutschnationalen angenommen, wobei sich die SPD ihre Stellung im Plenum vorbehielt.

Bei den Verhandlungen zeigte sich klar, daß die Aufwarter, ebenso wie die USPD, die Interessen von Arbeiterwählern nicht vertreten. Die Haltung der SPD zeigte die ganze opportunistische Verlotterung dieser Partei, indem sie mit der Erklärung

Liebmanns den faulen Kompromiß, den die Aufwarter mit der Regierung zu schließen bereit sind, rückten.

Landesausschuß Sachsen der Werttätigen

Vom Landesausschuß der Werttätigen wird uns geschrieben: Am 9. Februar fand in Dresden eine Sitzung der Bezirksausschüsse der Werttätigen Sachsens statt. Die Sitzung beschäftigte sich mit der politischen Lage und den Aufgaben der Werttätigen im Kampf gegen die Bürgerblöckregierungen im Reich und in Sachsen.

Unter den anwesenden Vertretern der verschiedenen Parteien, die den Einheitsgedanken innerhalb der Arbeiterbewegung vertreten, wurde über die nächsten Aufgaben volle Einmütigkeit erzielt. Im Anschluß an die politische Aussprache wurde ein Landesausschuß der Werttätigen gewählt, der sich aus den Vertretern der Bezirksausschüsse zusammensetzt.

Für die Führung der Geschäfte wurde ein Arbeitsausschuß eingesetzt, der seinen Sitz in Dresden hat. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Landtagsabgeordneter Paul Wötter gewählt. Die Anführeradresse für den Ausschluß ist: Erich Schumann, Dresden, Mittelstr. 11.

Der Ausschluß veröffentlicht einen Aufruf an die werttätige Bevölkerung Sachsens, in dem er auf die Bedeutung der Metallarbeiterausperrung in Sachsen hinweist und die Einheitsfront im Kampf gegen den Bürgerblock fordert.

In nächster Zeit soll nach genügender Vorbereitung ein Landestag der Werttätigen für Sachsen stattfinden.

Der Landesausschuß der Werttätigen fordert alle Organisationen, die den Kampf für die werttätige Bevölkerung auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet führen, auf, sich korporativ durch Entsendung von Vertretern an der Arbeit des Landesausschusses zu beteiligen.

Küß schadet um seinen Ministerjoeffel

Die Demokraten bringen den Schmutz- und Schundgesetz-Minister nach Sachsen

in Dresden, 9. Febr. Die demokratische Blätter melden, hat die demokratische Landtagsfraktion in einer Sitzung am Dienstag beschloßen, dem Ministerpräsidenten Heide die Ernennung des bisherigen Reichsinnenministers Dr. Küß an Stelle des Innenministers Dr. Dehne vorzuschlagen. Der demokratische Vorschlag wurde am gleichen Tage in einer interfraktionellen Sitzung auch den Regierungsparteien vorgelegt. — Der Dr. Küß, erzählt hierzu, daß Dr. Küß selbst die Verhandlungen mit der Aufwarterpartei, die ihn belächelnd abgelehnt hat, führe. In die Deutschnationalen sei von demokratischer Seite noch nicht herangetreten. Sie schienen aber ihren bisherigen Standpunkt nicht aufgeben zu wollen, sondern hielten ihren Anspruch auf das Innenministerium an.

Zusammengebrochene Anlage gegen die NS

Köln, 11. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 9. Februar tagte eine Verhandlung gegen 123 Kameraden von der Roten Jungfront. Sie führte zu einem großen Haufe. Sämtliche 123 Angeklagten wählten freigeprochen werden. Dagegen kam es bei dem Prozeß gegen 25 Arbeiter aus Neudamm, die ebenfalls vor dem Richter des Schöffengerichtes standen, zur Verurteilung von 8 Arbeitern von 6 Wochen bis zu 3 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Körperverletzung. Die Angeklagten mußten jedoch von der Anlage des Landfriedensbrüdes freigesprochen werden und erhielten Bewährungsfrist.

Massenprozeß gegen Arbeiter in Altona



Eine größere Gruppe von 128 Arbeitern, die, von den Faschisten angegriffen, sich wehrten und jetzt angeklagt sind. Der Staatsanwalt ist für Nationalisierung, er beantragte für alle Angeklagten unter 18 Jahren 2 Monate und über 18 Jahre je 4 Monate Gefängnis.

Der Befreiungskampf der Kolonialvölker

Brüssel, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Eröffnung des Kongresses der Kolonialvölker, der erste Kongreß der Unterdrückten der Kolonialvölker wurde heute vormittags 8 Uhr feierlich durch den Bergarbeiterführer D'Ambo eröffnet. Er begrüßte den englischen Imperialismus, begrüßte die chinesische Revolution und erklärte, der Sieg der kolonialen Revolutionen sei der Sieg der gesamten Arbeiterklasse. Der Sieg der Arbeiterklasse wird auch die koloniale Unterdrückung verhindern, die enge Solidarität der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Völkern verwickeln. Der Sozialdemokrat Mariuz machte die Mitteilung, daß Kanderwelle jedes Auftretens der ausländischen Delegierten, jede öffentliche Demonstration der Arbeiterklasse zur Befreiung der Solidarität mit den unterdrückten Völkern streng verboten habe. Als erster Redner sprach Barbu, der trotz seiner Krankheit gekommen war, um die Vertreter der unterdrückten Völker zu begrüßen und von den Delegierten des Kongresses die Unterstützung der Revolution in China forderte. Er sprach von den imperialistischen Greueln. Für die Stimmung des Kongresses ist es bezeichnend, daß der Beifall orkanartig ausbricht, als Barbu die Wahrheit ausspricht, daß es keine höheren und niederen Klassen gibt. Der Beifall wird noch größer, als Barbu die chinesische Revolution begrüßt, und erreicht seinen Höhepunkt, als Barbu die Sowjetunion als leuchtendes Beispiel für die unterdrückten Völker begrüßt. Diese Versammlung der nichtkommunistischen Freiheitskämpfer feierte minutenlang das Beispiel der russischen Befreiung, der besten Freunde der Unterdrückten.

Weitere Massenerhaftungen in Polen

Warschau, 9. Februar.

Pilsudskis Unterdrückungsflug gegen die nationalen Widerheiten in Polen, der mit der Zerstückelung der wehrlosen Bromada seinen Anfang nahm, beginnt sich jetzt auch gegen die ukrainische Bevölkerung zu wenden. Nach Mitteilungen des Pilsudski-Organs Glos-Pravda hat die Polizei in Lemberg im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer angeblichen geheimen ukrainischen Militärorganisation neun Personen verhaftet. Kurz darauf nahm die politische Polizei im ukrainischen Volkshauss in Lemberg und bei Mitgliedern der Nationalen Organisation Hausdurchsuchungen vor und verhaftete weitere fünf Personen ohne Angabe von Gründen.

Nach weiteren Meldungen wurden bei den in Pommern konzentrierten Truppenstellen, die zum größten Teil aus Ukrainern und Wirtschützen bestehen, umfangreiche Untersuchungen angestellt, wegen Verdachts einer „Konspiration gegen den Staat“. Im 83. Infanterieregiment in Thorn wurde angeblich eine Korrespondenz einiger Soldaten mit den verhafteten wehrwärtigen Abgeordneten beschlagnahmt. In Thorn wurden zehn, in Graudenz zwölf Soldaten und vier Offiziere verhaftet und ins Militärgefängnis eingeliefert.

England macht den Völkerbund mobil!

London, 10. Febr. (Telunion.)

Wie Lord Balfour heute im Oberhaus erklärte, habe Chamberlain dem Generalsekretär des Völkerbundes eine ausführliche Darlegung der britischen Politik in China übermittelt, die informativster Art ist und zur Aufklärung der Völkerbundmitglieder dienen soll. In der Darlegung Chamberlains wird darauf hingewiesen, daß die Politik der britischen Regierung dem Geist und den Satzungen des Völkerbundes entspreche und daß die Regierung es bedaure, daß sich bisher keine Grundlage dazu geboten habe, um den Völkerbund um die Regelung der chinesischen Schwierigkeiten zu bitten. Die britische Regierung würde eine solche Grundlage sehr begrüßen.

Die Engländer proklamieren sich als „angegriffene Nation“. Sie wollen die Mobilisierung des Völkerbundes. Alle am Völkerbund beteiligten Staaten sollen an der Intervention beteiligt werden. England will auf diesem Wege die gemeinliche Intervention erreichen.

Munitionsexplosion eines chines. Transportzuges

London, 9. Febr. Nach einer Zentral-News-Meldung aus Shanghai sind in einem Truppentransportzug der mandchurischen Armee, der sich auf dem Wege nach Peking befand, große Munitionsvorräte explodiert. Sieben Wagen brannten vollkommen nieder. Mehr 100 Soldaten wurden getötet oder verletzt.

Der Bernhardiner

Herr v. Reudell gehört zu denjenigen Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, denen auch der Gegner unbedingt Achtung entgegenbringt. Ein menschlich feiner und lebenswürdiger Mann, der außerdem durch die vom Vater ererbten musikalischen Gaben auch in denjenigen Kreisen der Berliner Gesellschaft beliebt ist, die sich nicht zu den Anhängern des „ancien régime“ zählen.

(Georg Bernhart in der Post, Zeitung.)

Schließlich sind wir alle irgendwie wesensverwandt, Hindenburg ist noch heute mit Scheidemann gleichermassen für Hohenzollerisch entbrannt. Liebe und — Wirk' seh'n sich Forde, „Brause für Arbeiter“ an.

Streikemann, Mussolini imitierten Bonaparte plus Goethe. Crispian und Wulle geben sich theatralisch. Wieleicht spielt Welle wie Fredericus die Fide — und Reudell fühlt sich eben mit Bernhart in Zivil mustafisch.

Und zieht ein ein Kaiser wieder die Linden entlang — mit Taktika und Schnädderedung — dann lauscht Tante Voh verloren dem Klang: „Chopin, lieber Reudell, wahrhaftig Chopäng!“

Stäng.

Mordanschlag auf Charlie Chaplin

Der große Filmkomiker in der Hand der Paritaner und Expresier.

Seit Wochen beschäftigt sich die Boulevard-Presse der ganzen Welt mit dem Privatleben Charlie Chaplins. Täglich werden neue „Senjationen“ geboten. Man behauptet, Chaplin sei ein Wüstling, ein Rabenwater, ein Köhling, Charlie sei jähzornig, geizig, gemein, perwers, mit einem Wort: Der große Künstler wird zum Kretin gestempelt. Und warum?

Seine Frau, ein achtzehnjähriges, bourgeoises Pierpüppchen ohne Wert und Bedeutung, hat die Scheidungsgasse gegen Chaplin eingereicht. Bezeichnend für diese Dame ist der Anlaß, der zur Scheidungsgasse führte. Frau Vita Gren-Chaplin hatte, mit dem Gelde ihres Mannes selbstverständlich, ein Kleben-Diner in einem Hotel für ihre Freunde gegeben. Als dort der Alkohol ausging, beschloß man, lange nach Mitternacht noch in Chaplins Wohnung weiter zu feiern, zu tanzen, zu laufen. Chaplin hatte 15 Stunden hintereinander an seinem neuen Film „Tizus“ gedreht und war erschöpft eingeschlafen. Das Gejohle der mitternächtlichen Gäste machte den großen Künstler unwillig, er bat die Leute, jetzt sein Haus zu verlassen. Darüber war das Püppchen angehalten, zog schon am nächsten Tag

in ein Hotel und teilte die Scheidungsgasse ein. Sie fand einen Rechtsanwalt, der aus dieser Affäre Kapital schlagen und sich einen großen Namen machen wollte. Unter seiner geschickten Lenkung begann nun ein Pressefeldzug gegen den großen Filmschauspieler, wie er schmählicher und gemeiner selbst in der amerikanischen Presse kaum jemals geführt worden ist. Frau Vita Gren-Chaplin spielte die „arme, erprechte, gemarterte, mitleidenswerte“ und Chaplin wurde als „Schadenerlös“ (wofür eigentlich?) die runde Summe von 15 Millionen Mark und hoch, als Chaplin nicht bereit war, den unbilligen Betrag zu zahlen, sein Vermögen, sein Haus, ja sogar sein Filmmaterial beschlagnahmen, so daß die Fortführung des Films in Frage gestellt ist.

Kenner der amerikanischen Verhältnisse und Freunde Chaplins haben mit Recht darauf hingewiesen, daß dieser ganze Feldzug lediglich ein Expresier-Manöver ist. Die achtzehnjährige Vita Gren wird von einer Verbrecher-Clique geschoben, der die bürgerliche Gesellschaft durch ihre Geschehensbeurteilung gewährt. Die verfrachten Unteln in Luedbet und New Jersey wollen ihre Geschäfte sanieren, Tante Mary möchte den läudlich erträumten 60-PS-Wagen kaufen, ein Rechtsanwalt und zwei Dutzend Winkeljournalisten wollen reich und berühmt werden. Der Konkurrenz ist der Standaß noch nicht groß genug, sie gießt Petroleum in das künstlich angelegte Feuer, um den großen „Kavalen“ zu erledigen. Für einen Chaplin-Film drei von den untern“, so heißt ihre Kampparole.

Der nachdenkliche Leser wird sich fragen: Was ist an dem Ganzen wahr? Vom Standpunkt der proletarischen Ideologie und der proletarischen Moral ist der Chaplin-Standaß nur ein neuer Standaß der amerikanischen Bourgeoisie, er enthält nichts über den großen Künstler der Gegenwart zu erledigen. Die ganze Hohlheit und Verlogenheit der bürgerlichen Chemoval wird durch die Standaß-Affäre groß beleuchtet. Der amerikanische Paritanismus, der den lieben Gott im Munde und die Dollar-Scheds in der Briefstafel trägt, ist vor dem kaum besser entlarvt worden. Die kapitalistische Einstellung der Amerikaner zur Frau als unantastbaren Luxus-Artikel feiern in dieser „Chaplin-Tragödie“ Triumph.

Sicher ist Charlie Chaplin kein guter Chemann gewesen. Selten und große Künstler, die ganz erfüllt sind von ihrem Werk, gute Lebenskameraden. Dennoch haben viele wertvolle Frauen jahrelang mit solchen Männern zusammengelebt, weil sie in Gemeinschaft die Lebensarbeit ihres Mannes über die wirtschaftliche Ertrags vieler anderer Künstler schwerk, und Charlie Chaplin irgendwann im Golde. Am meisten merkt man eine Frau verpflichtet gewesen, in ihren bourgeoisen Werten und Klobetorheiten Rückhalt zu nehmen auf die Schöpferarbeit ihres Mannes, die Millionen abgearbeiteten und vergrämten Proletariats aller Länder ein wenig Glück und Freude bringt!

Aufgabe der Werttätigen ist es, gegen diesen Hinfeldzug der vereinigten Paritaner, Expresier und Konkurrenzneidlichen Front zu machen und dem Beispiel der New Yorker Arbeiter zu folgen, die vor einigen Tagen bei einer Chaplin-Aufführung dem großen Künstler demonstrativen Beifall spendeten. Chaplin ist stets für die Armen und Unterdrückten eingetreten. Ein französischer erklärte er dem französischen Reporter Charles Kabin: „Es gibt eine Menge Trübsal für den Künstler, mein springt aus dem Sozialen. Ich bin eine faszinierende Figur, die jedermann kennt, aber die jedermann einmal lacht, und darauf setze ich, das ist mein Fundament. Die anderen Künstler haben mit den Problemen und ihren Lösungen zu tun, mit Opern, Expressionismus, Arten, mit dem Intellekt, mit der Schicht der Anspruchsvollen, mit dem Dollar. Ich, ich halte es mit den anderen. Die, die mich kennen, sind ungeheuer viele, und ich sehe sie lachen. Es laßt der Unzulässige über jenen kleinen faszinierenden Mann in den großen Schuben, der Arbeiter, der in Arkansas Räume umlegt, und der Kult in Hongkong.“

An dem Baumfäller in Arkansas, an dem Kull in Hongkong, an allen Baumfällern, Kulis, Ausgebeuteten, an den Arbeitern der ganzen Welt liegt es jetzt, ihren Freund Chaplin zu verteidigen. Denn der „Fall“ Chaplin ist ein eminent politischer Fall. Der Schlag, den eine korruptierte Bourgeoisie-Clique gegen den großen Filmkünstler richtet, muß ein Schlag ins Wasser sein. Gerhart Pohl.

Die Trommel

Nummer 2 ist erschienen. Das Titelbild zeigt die Flucht eines litauischen Genossen. „Den Krallen der Schwalbida entkommen.“ Ihr folgt eine spannende Erzählung darüber. Weiter sehen wir vier Bilder von den Arbeiten des 3. Reichskongresses in Chemnitz, eine Aufnahme vom Dach des Lenin-Mausoleums, von dem aus ein Chemnitzer Pionier spricht. Dr. Lothar Wolf schreibt über den „Tag der Pioniere in Moskau“. Eine Seite bringt Bilder und Berichte über die Not der Arbeiter- und Bauernkinder in Deutschland, England, Ägypten. Gegenübergestellt wird Sowjetrußland mit dem Verbot der gewerkschaftlichen Kinderarbeit. Ein Bericht aus Italien, die Beschreibung der Unterdrückung einer „verborgenen Stadt“ in Sibirien werden alle Arbeiterkinder interessieren.

Außerdem kann jeder Pionier lernen, wie er sich selbst die Trommel einblenden kann. Das ist in einem Artikel mit Zeichnungen erklärt.

Außerdem: „Gitter und Blei“ fahren nach Italien! Junge, Junge — spielen die dem Mussolini mit! Vorher aber lesen wir noch eine lustige „Geschichte von den Gaslaternen“ in Berlin.

Und eins hätten wir beinahe vergessen. Der Käselebens ist mit einem neuen Käse! da!

(Die Kinderzeitung Die Trommel ist zu beziehen von jedem Pionier des JSB oder direkt vom Verlag Junge Garde, Berlin 1, 17, Kopenstraße 7.)

Schanghai - Moskau

Die Feinde des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion wird von Tag zu Tag toller. Es sind nicht mehr nur die internationalen Hehler der Regierungspartei in England, sondern auch die verantwortlichen Minister der Regierung, die in der Sprache einer Sprache und Redewendungen, die man nur einem Land gegenüber anzuwenden pflegt, mit dem man sich im Kriegszustand befindet. Regierungspresse und Regierungsblätter erklären denn auch offen, daß zwischen England und der Sowjetunion ein „nicht erklärter Krieg“ bestünde und daß man mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen der englischen Regierung zur Sowjetunion diese Beziehungen so eintausendfach selbst die liberale und Arbeiterpartei erklären, hinter diesen Drohungen stehen anheftig, daß die Mehrheit der konservativen Regierungspartei, und die Mehrheit der liberalen Regierungspartei.

Die sich verdröhnenden Gerüchte über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion haben in den Kreisen der englischen Arbeiterklasse eine nachhaltige Erregung hervorgerufen. Gewerkschaftsführer und politische Organisationen des englischen Proletariats protestieren auf das entschiedenste gegen die Absichten der Regierung und warnen sie vor den unabsehbaren Konsequenzen.

Die Drohungen mit dem Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion wird stets im Zusammenhang mit der Lage in China ausgeführt. Der englische Imperialismus weist stets darauf hin, daß sein Kampf gegen die chinesische Revolution in Schanghai ein Teil seines Kriegesplanens gegen die Sowjetunion darstellt. Während englische Kriegsschiffe und Truppentransporte nach den chinesischen Gewässern, nach dem fernem Osten dirigiert werden, während gleichzeitig Reformisten die Kriegsabsichten Englands in

ihren Imperialismus ihren Streikern zu Geheimverhandlungen mit Mussolini und Chamberlain schickt, um die passende Gelegenheit abzuwarten, sich in die imperialistische Kriegsfront einzugliedern. Haben die deutschen Gewerkschaften kein Wort gegen den neudeutschen Imperialismus.

Die Gefahr ist aber so groß, daß die Mitgliedschaft eine Mobilisierung der Arbeiter gegen die imperialistischen Kriegsmaschinen, für die Unterstützung der chinesischen Revolution und der Sowjetunion erzwingen muß.

Die Bürokratieparteien

1. Die Volkspartei.

Seit mehreren Jahren gibt die Deutsche Volkspartei das Außenministerium und das Wirtschaftsministerium des Reiches nicht mehr aus ihren Händen. So sind Dr. Stresemann und Dr. Curtius auch in die neue Reichsregierung als Dauerinventar mit übernommen worden.

Demokraten und Sozialdemokraten machen sich einige Hoffnungen auf die wachsenden Gegenläufe innerhalb der Regierungsparteien und insbesondere auf den „Liberalismus“ der Deutschen Volkspartei, wobei „Liberalismus“ zu einem Sammelbegriff unklarer Illusionen geworden ist, der schon längst, schon seit Jahrzehnten nichts mehr mit dem Liberalismus des aufkommenden Bürgertums zu tun hat. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts bedeutete dieses Wort den Kampf der

Industrie- und Handelsbourgeoisie gegen den Agraradel, gegen die Macht der Monarchie, z. T. auch noch die Freihandelsbewegung. Das alles sind längst verstaubte Parolen. Wir erinnern nur daran, daß die Deutsche Volkspartei, die Nachfolgerin der ehemaligen Nationalliberalen Partei, die energigste Verfechterin eines neuen Schutzhollensystems gewesen ist, daß sie für die gleichen Verfassungsänderungen eingetreten gedenkt, wie die Deutschnationalen.

Die Kapitalistenklasse, in deren Interesse die Partei arbeitet, ist erheblich breiter als die, die hinter der Deutschnationalen Partei steht. Dafür ist freilich die Zahl der Wähler und sonstigen Mitläufer um so kleiner. Trotz der Aufwendung riesiger Geldsummen wurden bei den Reichswahlen 1924 zum Reichstag nur 10 Prozent abgegebene Stimmen erlangt.

Auch der Propagandaapparat dieser Partei hat nicht entfernt die Ausdehnung, wie bei den Deutschnationalen. Noch nicht 3 Prozent der täglich erscheinenden Zeitungen sind es, über die die Deutsche Volkspartei unmittelbar verfügt.

Aber es sind staatliche Trusts, die hinter dieser rechts kleinen Partei stehen. Wir nennen den Stahltrust (vertreten durch Galle) die Firma Krupp (vertreten durch Dr. Sorge und jetzt auch Dr. Luther), die AEG-Gruppe (vertreten durch v. Raumer), die Darmstädter und Nationalbank (vertreten durch Dr. Kieffer), die Diskonto-Gesellschaft (vertreten durch Dr. Scholz), ebenso stehen der Furberkonzern, das Neederhospital (Dr. Tuno) und der Großhandel (Reinath) hinter der Volkspartei, desgleichen die Spitzenorganisationen des deutschen Industrie- und Bankkapitals. Zu erwähnen sind noch einige agrarische Gruppen, die teils dem Reichslandbund (Hepp), teils dem demokratischen Bauernbund gehören.



Kanton-Truppen in den Eber-Gebirgen

SOLDATEN DER ROTEN KLASSENFRONT

Mobilisiert die Armee der Werktätigen Deutschlands

zum

3. REICHSTREFFEN IN BERLIN

Das vom 4. bis 7. Juni 1927 in Berlin stattfindende 3. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes wird das vorjährige Treffen, welches ebenfalls in Berlin abgehalten wurde, sowohl an Umfang als auch an politischer Bedeutung weit übertreffen.

In Anbetracht der innerpolitischen Situation, die gekennzeichnet ist durch Bürgerkrieg, kapitalistische Nationalisierung und faschistische Gefahr, wird die dritte Herrschaft der Roten Klassenfront für Freund und Feind ein Gradmesser der revolutionären Reife und Entwicklung der proletarischen Klassenkräfte sein.

Die von der Bundesführung eingeleitete Kampagne zur Durchführung der organisatorischen und politischen Vorarbeiten für das Reichstreffen hat bereits große Begeisterung in ganz Deutschland ausgelöst.

Reichsbannerleute, Arbeiterportier, Betriebsdelegationen und Sympathisierende aller proletarischen Organisationen aus allen Teilen des Reiches werden diesmal die nach Berlin eilenden Roten Frontkämpfer begleiten.

Der Aufmarsch der Mitglieder der faschistischen Organisationen ganz Deutschlands, der am 8. Mai anlässlich des sogenannten Reichsfrontsoldatentages gleichfalls in Berlin vor sich gehen wird, trägt zur Mobilisierung der werktätigen Klasse für das 3. Reichstreffen sehr viel bei.

Die deutsche Arbeiterklasse muß die Bedeutung und Gefahr des faschistischen Aufmarsches richtig einschätzen und klar sehen.

Der Marsch der deutschen Faschisten auf Berlin signalisiert der deutschen Arbeiterklasse das Schicksal des italienischen Proletariats, das mit dem Marsch der italienischen Faschisten auf Rom begann.

Die deutsche Arbeiterklasse und das Berliner Proletariat wird jedoch den faschistischen Herrschern, die Morgenluft wittern, warnen, daß das deutsche Proletariat nicht das Schicksal der italienischen Arbeiterklasse erleiden will.

Die Sympathien der abgetakelten Hohenzollern, die schon mit gepackten Koffern an der Grenze warten und die Hoffnungen der Reaktion sind bei den Faschisten.

Die Sympathien der Millionen der Hungernden; darbenenden Proletarier Deutschlands werden jedoch bei den Roten Frontkämpfern sein.

Das 3. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes wird weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Zeugnis ablegen von der gewaltigen Kraft und der revolutionären Reife des deutschen Proletariats.

Die Vorarbeiten sind erst eingeleitet worden.

Die Arbeiterklasse ganz Deutschlands wird ihr Teil für die Durchführung des 3. Reichstreffens beitragen.

Mit Rot Front!

Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes.



Ein Soldat der revolutionären Armee

China nicht mehr leugnen können, verbreitet der Propagandaapparat des englischen Imperialismus das nur allzu verständliche Märchen, daß an der chinesisch-englischen Spannung die Sowjetregierung die alleinige Schuld habe.

Der englische Imperialismus tritt gegen die chinesische Revolution und die Sowjetunion um so aggressiver auf, je mehr er merkt, daß die Unterjochung weiterer Verbündeter gebietet zu haben. Die bekannten „friedlichen“ Mandate Chamberlains dienen dem Zweck, für die Herstellung der Antropost unter englischer Führung Zeit zu gewinnen. Inzwischen hat sich Chamberlain die vorbereitete Unterstützung der angestrebten Politik gegen die chinesische Revolution und die Sowjetunion durch Mussolini erlaubt. Die italienische Revolution macht Englands China-Expedition mit und lanciert in der Reichsregierung Italiens Gehärdet gegen die Sowjetunion, die aus der englischen konservativen Presse abgeschrieben sind. Es ist kein Zufall, daß in den letzten Tagen auf Grund geheimer Verhandlungen, angeblich der imperialistischen Gegenläufe, eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen England und dem amerikanischen Imperialismus im fernem Osten anzubahnen. Die Revolutionspolitik, mit der MacDonald und seine Reformisten sich dem englischen Imperialismus zur Verfügung stellen, hat die Anglistik Chamberlains auch zweifellos gefördert. Auch in Italien und Polen haben die Herrscherregierungen auf Chamberlains Gehör das Aufmarschgebiet des Krieges gegen die Sowjetunion mit neuen Arbeiter- und Bauernleichen gepflastert.

Der englische Imperialismus und unter seiner Führung eine ganze Reihe imperialistischer Vassallenstaaten steht sprunghaft gegen die chinesische und russische Revolution. In England und seinen Vassallenstaaten wird eine Kriegspropaganda betrieben die ganz an die Tage vor dem August 1914 erinnert. Es wird berichtet, daß der Erzbischof von Canterbury für ganz England die Abhaltung von Gottesdiensten „zur Erleuchtung des Volkes“ anordnet hat. Genau wie 1914, als in den zum Krieg vorbereiteten Ländern neben der Sozialdemokratie vor allem die Kirche ihre Pflicht getan hat, erst die Massen einzuführen um sie dann um so sicherer auf die Schlachtbank zu führen.

Die Untätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse gegen die drohende imperialistische Kriegsgefahr ist unter diesen Umständen das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse. Während die englischen Massen zu einem erheblichen Widerstand gegen Chamberlains Kriegsreiserien drängen, heiligen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer Englands beifalls mit völpischen Resolutionen und Warnungen, wenn sie nicht, wie der Sozialdemokrat MacDonald erst am letzten Sonntag, in öffentlichen Reden offen die Politik Chamberlains unterstützen. Während die italienischen schmerzgeprüften Arbeitermassen sich zum Kampf gegen das Regiment des Kriegsabenteurers und Terroristen Mussolini sammeln, laufen die italienischen Reformführer unter Führung D'Aragonas, mit dem Segen der Arbeiter-Internationale verheeren, in das Lager des Faschismus über, offenbar um Mussolinis Kriegspolitik gegen China und die Sowjetunion atilo zu führen. Während die deutsche Bürgerkriegsregierung als Geschäftsleitung des neudeut-

Die Partei auch klein, so werden doch die Deutschnationalen ebenso wie bisher schon das Zentrum und die Demokraten die Interessen dieser führenden kapitalistischen Gruppen auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Zoll- und Handelsvertragspolitik usw. respektieren müssen.

Diese Rückendeckung ist es auch, die den Führern der Deutschen Volkspartei die Sicherheit gibt, daß sie bei einer Koalition mit den Deutschnationalen alles andere als das flinke Rad am Wagen darstellen. In dieser Weise erhalten auch die Ausführungen Dr. Stresemanns, die am 21. Januar gegenüber den ausländischen Pressevertretern gemacht wurden, einen realen Sinn; entweder verdrängen die Deutschnationalen sich ruhig, wie er dies wünscht, andernfalls brauche man sich auch keine Sorgen zu machen, er werde schon dafür sorgen, daß sie keine Dummheiten möchten.

Ebenso wenig darf man vergessen, daß es ja in der Hand der Deutschen Volkspartei lag, die Bürgerkriegsregierung zu organisieren oder zu verhindern. Sie sind in den letzten Wochen das treibende Element zum Bürgerkrieg gewesen. Die Interessen solcher Mächte wie der Großbanken, der großen Industrie trusts, der Großveredern usw. können in einem kapitalistischen Deutschland nicht einfach übergangen werden, weder in einer Koalition mit den Sozialdemokraten, die in die Volkspartei keineswegs fürchtet, noch in einer Koalition mit den Deutschnationalen.

Die korrupte deutschnationale Freiheitspartei

Berlin. In der heutigen Abendpresse wird außerordentlich belästigendes Material über die Korruption in der deutschnationalen Freiheitspartei bekannt. Ein Rundschreiben der ehemaligen Schriftleitung (Dr. Julius Lippert, Herbert Blank, Wilh. Wildemann) des Deutschen Tageblattes vom 2. Februar 1927 stellt fest, daß das Deutsche Tageblatt gegenwärtig in Händen des früheren Geschäftsführers Stetter und seiner nächsten Freunde und Verwandten sei, desgleichen Stetter, der selbst vom Ehrengericht der Völkischen Freiheitspartei wegen Korruption aus der Partei ausgeschlossen worden war. Er hatte u. a. finanzielle Schwierigkeiten des Blattes benutzt, um sich bei einem Vergleich mit einer Druckerei, an die das Blatt veräußert war, persönlich zu bereichern. Er hatte weiter nach einer Kampagne gegen die Korruption in den Deutschen Werten keine Stellung dazu benutzt, um sich von der Direktion der belästigten Werke ein Motorrad (D-Rad) gegen eine ganz geringe Anzahlung zu verschaffen, worauf er anordnete, daß die Kampagne eingestellt und Material in dieser Angelegenheit nunmehr nach seiner Durchsicht veröffentlicht werden dürfe. Das Rundschreiben über diesen „für völkische Menschen ungeheuerlichen Fall“ stellt weiter fest, daß Herr Wulle, einer der Hauptführer der Völkischen Freiheitspartei, nachdem zum erstenmal die Korruptionsangelegenheit Stetter vertuscht worden war, mit diesem Stetter in besonders freundschaftliche Beziehungen trat. „Es erwuchs sehr plötzlich eine Duzfreundschaft zwischen diesen beiden Herren.“

Diese Tatsachen erklären den Austritt einer Reihe von Abgeordneten aus der Fraktion der Völkischen Freiheitspartei, sie zeigen weiter, in welchen Händen sich gegenwärtig das Deutsche Tageblatt befindet, das nach wie vor das offizielle Organ der „Völkischen Freiheitsbewegung“ ist.



Die Untätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse gegen die drohende imperialistische Kriegsgefahr ist unter diesen Umständen das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse. Während die englischen Massen zu einem erheblichen Widerstand gegen Chamberlains Kriegsreiserien drängen, heiligen sich die reformistischen Gewerkschaftsführer Englands beifalls mit völpischen Resolutionen und Warnungen, wenn sie nicht, wie der Sozialdemokrat MacDonald erst am letzten Sonntag, in öffentlichen Reden offen die Politik Chamberlains unterstützen. Während die italienischen schmerzgeprüften Arbeitermassen sich zum Kampf gegen das Regiment des Kriegsabenteurers und Terroristen Mussolini sammeln, laufen die italienischen Reformführer unter Führung D'Aragonas, mit dem Segen der Arbeiter-Internationale verheeren, in das Lager des Faschismus über, offenbar um Mussolinis Kriegspolitik gegen China und die Sowjetunion atilo zu führen. Während die deutsche Bürgerkriegsregierung als Geschäftsleitung des neudeut-



11. Februar 1926: Staatsgerichtshof verhängt 17 Jahre Zuchthaus gegen die württembergischen Kommunisten Kerschbamer und Gen. — 1919: Friedrich Ebert von Nationalversammlung mit 277 von 379 Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt. — 1897: Lenin zu dreijähriger Verbannung nach Sibirien verurteilt.

„Im Laden stehen ist keine Arbeit“

Einen interessanten Einblick über das, was von manchen Kräutern als „keine Arbeit“ angesehen wird, gestattete eine Verhandlung vor dem Gewerbeamt.

Gegen den Fleischermeister Mittelbach, Polierstraße, klagte ein Gefelle auf Bezahlung von Heberstunden. Natürlich wurde von dem Fleischermeister bestritten, daß Heberstunden gemacht worden seien.

Von dem Gewerkschaftsvertreter wurde darauf hingewiesen, daß in den kleinen Geschäften die Gefelle viel mehr zu tun hätten, als in großen, denn neben den vielen Nebenarbeiten müßten die Gefellen noch im Laden stehen und verkaufen. Der Vorliegende verteidigte sich, da als Verkäufer sowohl ein Fleischer als auch ein Fleischermeister fungierten, ganz auf diese Punkte. Bezeichnend war, wie der Fleischermeister durch die Fragen, wieviel geschlachtete wurde, verfuhr, den Anspruch auf Heberstunden abzumelden.

Nach Beratung erklärte das Gericht, daß angenommen werden könne, daß Heberstunden geleistet worden seien. Allerdings könne nur der vierte Teil der geforderten Heberstunden in Betracht. Der Vorschlag, dem Kläger 20 M. zu zahlen, wurde von dem Beklagten angenommen.

Wie Unternehmer auf die Dummheit der Angestellten spekulieren

Die Verkäuferin Hermann war als Verkäuferin bei der Firma Goldmann beschäftigt. Am 31. Dezember 1925 war ihr für den 31. Januar 1927 gekündigt worden.

Jedoch bereits am 7. Januar verzichtete die Firma auf ihre Dienste und zahlte das Januargehalt aus. Da Fräulein Hermann bereits seit 1918 bei der Firma E. Goldmann beschäftigt war und ihr aus diesem Grunde vierteljährliche Kündigung zufließt, klagte sie vor dem Kaufmannsgericht auf Einhaltung des Kündigungsabnahmepfandes.

Der Vertreter der Firma verlangte Abweisung der Klage, da Fräulein H. noch kein Jahr bei der Firma tätig sei, denn seit 1926 sei die Firma eine G. m. b. H.

Von dem Vorsitzenden wurde darauf erwidert, daß sich aus den handelsgerichtlichen Eintragungen ergebe, daß der frühere Inhaber der Firma jetzt ebenfalls wieder Gesellschaftler sei. — Also eine Fortführung des alten Geschäfts unter neuer Flagge! Einmündig wies der Verhandlungsrichter der Klägerin nach, daß sie auch bei der „neuen“ Firma an demselben Platz dieselbe Arbeit getan und daß somit ganz logisch eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses stattgefunden habe.

Fräulein Hermann forderte für Januar 20 M. entgangene Umsatzprovision, sowie für Februar und März je 195 M. Gehalt. Dem Antrag der Klägerin wurde vom Gericht stattgegeben und die Firma zur Zahlung der obengenannten Summe verurteilt. Selbst dieses Gericht mußte hier die Rechtsnachfolge bejahen.

Dieses Beispiel zeigt, mit welcher gewissen Methoden die Unternehmer versuchen, die Arbeiter und Angestellten durch Umgehung von Gesetzen um ihre wenigen Rechte und die ihnen verdienten Großen zu prellen.

37969 Vergehen, 406 Straßenbahnunfälle, 259 Selbstmorde und 352 Selbstmordversuche

Im Jahre 1925 betrug die Zahl der von dem Volkspolizeipräsidium angelegten Verbrechen, Vergehen und Übertretungen: 37969; die Zahl der beteiligten Personen betrug: 21737, wovon 39343 über 18 Jahre alt, 1186 im Alter von 14 bis 18 Jahren und 208 unter 14 Jahren alt waren; die Zahl der aus anderen Gründen erstatteten Anzeigen: 21196, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Ämtern gegebenen Gutachten und Ausstellungen auf 126508 belief. Die Gesamtzahl der im elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 406, darunter 277 Zusammenstöße, bei 176 Unfällen wurden 192 Personen (123 männliche, 69 weibliche) verletzt. Die Zahl der Verletzten betrug 11418 und die Zahl der Borgeführten 1081, das sind zusammen 12499 Personen, von denen 3766 Personen Haftstrafen zur Entlassung erhielten. Das **Einwohner- und Fremdenverhältnis** gestaltete sich wie folgt: Gemeldet wurden im Hauptmeldeamt: als Einwohner: 37668 von auswärts zugezogene Personen, 83874 Wohnungswechsel, 10280 selbständig gewordene, hier bereits wohnhaft gewesene Personen; als Fremde: 132854 angekommen. Hierüber wurden 298 Strafverfügungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Meldordnung erlassen. Bei dem Volkspolizeipräsidium sind 259 Selbstmorde und 352 Selbstmordversuche angezeigt worden.

Gegen den gesetzlichen Mord

Ein Aufruf der Schulreformer

Dresden, 9. Februar. Der Bund entschiedener Schulreformer, die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner und eine Anzahl Einzelpersonen nehmen in einem Aufrufe Stellung gegen die Todesstrafe. Es heißt darin: Die Amtsgewalt nehmen das rein formalistische, aber nicht einmal das formaljuristische haltbare Todesurteil gegen die Attentäter von Verbrechen zum Anlaß, empört den Einspruch gegen dies Urteil und gegen die Todesstrafe überhaupt zu erheben! Die Todesstrafe schreit nicht ab, sie erleuchtet nur das schlechte Gewissen der Gesellschaft, während sie auf die von ihr Bedrohten und auf die sie Ausführenden und sie Erlebenden gleich verhöhrend wirkt. Die Todesstrafe ist zu befechtigen. Die Gesellschaft muß gestungen werden, die volle Verantwortung für ihre Zustände zu übernehmen! Erziehung, nicht Rache (für die eigene Verderbtheit)! Neugebaltung, nicht Herunterziehen am Sockel! Wir verlangen, daß aus Selbstachtung und um der menschlichen Würde unseres Volkes willen die Reichsanstalten alsbald die Todesstrafe abschaffen, wozu die Strafrechtsreform die beste Gelegenheit bietet. Wir fordern, daß inzwischen schon alle Opfer unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wenn diese sie im Zusammenstoße mit dem Strafrecht bringen, nicht formal „bestraft“, sondern daß sie der Erziehung zu produktivem Menschentum teilhaftig werden. Die Attentäter von Verbrechen sind nicht zu töten, sondern durch menschenwürdiges Leben dahin zu bringen, daß sie wieder ihr menschliches Verbundenheit bejahen! Weg mit dem Urteil von Verbrechen, weg mit der Todesstrafe!

Ein Führer durch das Arbeitsgerichtsgesetz für Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre ist in diesen erschienen. Es ist bearbeitet vom Generalsekretär des Zentralverbandes der Angestellten, Otto Dackhoff, Leipzig. Der sehr brauchbare Führer kann von JbH Leipzig, Polierstraße 3, 1. Etage, gegen Einzahlung von 20 Pf. bezogen werden.

Aus dem Stadtparlament

Der städtische Bürgerklub lehnt wieder die Deckung der Zuhörertribüne ab. — Die SPD demaskiert sich und erklärt, daß sie mit der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer im Landtag nur Täuschungsmanöver trieb.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung am Donnerstag beantragt Genosse Wagner, die Zuhörertribüne, soweit noch Platz vorhanden ist, freizugeben, was jedoch vom Bürgerklub (Deutschnationalen bis SPD) abgelehnt wurde. Die Deutschen dokumentieren dadurch ihren Wählern sehr deutlich, daß ihre Taten im Rathaus mit ihren Wahlversprechungen nicht zu vergleichen sind. Wiederum auch die SPD von ihren Wählerversprechungen zu halten gewillt ist dokumentiert sie klassisch beim Punkt 27b (Gehalt der Gesundheitsaufseherinnen nach 10 Dienstjahren nach Gruppe 5 der Besoldungsordnung). Dieses Gehalt an den Rat lehnt die SPD ab, während alle übrigen dafür stimmen. Zu Punkt: Erhöhung von 150 Prozent Zuschläge zu der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer berichtet Genosse Wetengel für den Finanzaußenminister. Sie stützt an treffenden Beispielen die Auswirkung dieser Steuern auf die Klein- und Mittelbetriebe und weist nach an Beispielen, daß der Klein- und Mittelbetriebe bei der heutigen Fälligkeit des Gesetzes unannehmlich geschöpft wird, während den großen Fabrikbetriebern bis 75 Prozent ihrer heutigen Steuern geschenkt werden. Genossin Wetengel kritisiert scharf die gesamte Steuerpolitik des Reiches seit 1924, wo man planmäßig durch Abbau der Einkommen das Steuereinkommen geleert habe und heute nun nach Erhöhungen auf Kosten der breiten Massen lude. Unter dem Regime des verfallenen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold sei man auch noch dazu übergegangen, den Banken den gewünschten Steuerertrag bei Anleihenvermittlung (wobei die Banken einen schönen Baßen verdienen) zu gewähren. Während die Steuerlast der breiten Massen sich seit 1913 pro Kopf der Bevölkerung vervielfacht, wurden die Einkommen in derselben Zeitspanne um ein Drittel und noch mehr erhöht. Als Ersatz für Ausfall bei einer eventuellen Ablehnung der Steuer fordert Genossin Wetengel: Höhere Zuschläge aus den Reichsrenten an die Gemeinden und entschiedene höhere Heranziehung des Reiches zur Steuerzahlung. Der Wirtschaftsminister Henning (Wirtschaftler) tritt ebenfalls für Ablehnung gemäß dem Ausschussgutachten ein. Richter (SPD) versucht die Zustimmung der Stadtparlamentarier damit zu begründen, daß ja die geordnete Steuer keine neue, sondern eine alte sei, und bringt einen Antrag ein, nach der die Steuer vorläufig bis 31. März 1927 beschließen werden soll, und dann im April erneut dazu Stellung zu nehmen. Nach diesen Ausführungen beantragt Richter (bürgerlich) Vertagung bis 9 Uhr, um zu dem geordneten Antrag eine Stellung nehmen zu können (auf deutsch; darüber nachhaken in können, d. B.). Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt der Genosse Gabel das Wort, der nochmals nachweist, daß die Schuld an der katastrophalen Finanzlage von Reich, Staat und Gemeinden nur die notorische Steuerhaken der Besessenen trage, denen man nicht etwa mit Zwangsmitteln begegne, sondern noch mit Sondervergünstigungen bedacht habe. Als Beweis für die demagogische Einstellung der SPD führt Genosse Gabel an, daß im Landtag die Beratung eben dieser Steuern die „linken“ Sozialdemokraten gemeinsam mit anderen Genossen für Ablehnung gekannt hätten, und im Dresdener Rathaus seien eben „linke“ Sozialdemokraten die einzigen Befürworter. Als Beweis für die notorische Steuerhaken der Besessenen weist Genosse Gabel nach, daß allein 1924 durch Nachprüfung der Steuererklärungen 88 Millionen Mark als Hinterziehungen festgestellt wurden. Genosse Gabel weist weiter nach, daß eben durch die unpopuläre Haltung der SPD den Besessenen tatsächlich ihre Steuerhaken erleichtert und ermöglicht wird. Schließlich der immer hoch-

tönenden Redensarten des Rates und seiner Vertreter in puncto Soziale Leistungen wies Genosse Gabel auf die hochtönende Rede des Herrn Blüher bei Einweisung hin und stellte nach Berechnung fest, daß die Stadt Dresden ihren Fürsorgeberechtigten wirklich „fürliche“ Zuwendungen macht in Höhe von 9,76—12,00 Mark pro Kopf und Tag. Grundtätig erklärte Genosse Gabel, daß die kommunalistische Fraktion, nicht etwa aus neu erfundenen Richtlinien, sondern einfach schon aus dem 1890 von der Sozialdemokratie (von damals, d. B.) aufgestellten und angenommenen „Erfurter Programm“ gegen jede indirekte Steuer stimmen wird.

Kunisch (Wirtschaftler) erklärt, daß sie eventuell bereit wären, für 100 Prozent Zuschlag zu stimmen, daß sie aber der Ratsvorlage (150 Prozent) nicht zustimmen könnten. Stadtrat Dr. Köppen fragt das alte Anekdote über die städtischen letzten Finanzen (ob diese bei der Blüher-Kaputtentree auch beachtet worden sind, bereit er allerdings nicht, d. B.) und bittet um Annahme. Demagogisch versucht Kösch (SPD), die nach gemessene unpopuläre Haltung der SPD zu verteidigen, gibt aber gleichzeitig zu, daß eben die SPD die Forderungen des Erfurter Programms verteidigt. Schließlich entlarvt Kösch selber den sozialdemokratischen Antrag, die Einführung der Steuer bis 31. März, eben als demagogisches Manöver. „Als dahin seien die Meinen unveränderlich festgelegt und kein Vermittler könne bis dahin etwas abwälzen.“ Rat verteidigt Kösch: „Daß mit dem besten die zu zahlende Steuer als Begründung für die Mietpreisbildung verwendet wird.“ Die Gewerbesteuer sei überhaupt keine Belastung für die Gewerbetreibenden, sondern ein glatter Geschäft, sagt Kösch, und wohl deshalb will die SPD den Gewerbetreibenden die Steuer hauptsächlich zumachen. Genosse Gabel rechnet nochmals scharf mit der SPD ab und tagelt das Gehändnis, daß die SPD im Landtag keinesfalls einen grundsätzlichen, sondern nur einen Scheintampf gegen die Steuern geführt habe, während sie im Schlußwort rechnet auch Genossin Wetengel mit Kösch und seiner Fraktion ab. Sie betont, daß sie tatsächlich noch kein solcher, parlamentarischer „Jongleur“ wie Kösch sei, um im zweiten Satz seiner Rede den ersten wieder zu wiederholen. Mit 42 gegen 33 Stimmen wird sodann beschlossen, 125 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben. Dagegen stimmte die kommunalistische Fraktion. Der Bürgerklub war gespalten, 23 stimmten mit dagegen, während 16 mit den Sozialdemokraten für Annahme stimmten.

Zu Punkt: Feuerhakensteuer“ lag ebenfalls ein Gutachten vor, selbige abzulehnen. Genosse Dr. Helm legte auch hier wiederum die unpopuläre Auswirkung dieser Steuer dar. Richter (SPD) rechnet auch bei dieser Steuer wieder das alte demagogische Märchen wie bei der Grund- und Gewerbesteuer, indem er wieder beantragt, selbige bis 31. März vorläufig zu erheben. Genosse Gabel stützt nochmals gründlich die Entscheidung auch dieser Steuer, die damals der Rat, um die Steuer schmachtend zu machen, mit niedrigen Sätzen einbrachte, wie er aber bald hinterher eine leichsinnige Erhöhung forderte, um an sich eine 37fache Steuer vorzuschlagen. Grundtätig erklärt Genosse Gabel, daß die kommunalistische Fraktion auch diese Steuer als minderwertig und abnehmend ablehnt. Gegen 29 Stimmen der Sozialdemokraten und SPD wird hierauf die Feuerhakensteuer abgelehnt. Auf Antrag der Bürgerlichen wird hierauf die übrige Tagesordnung abgelehnt und nur noch die „Dunkelkammer“ erledigt.

Zur Beachtung für ehemalige Kriegsgefangene!

Wie schon wiederholt berichtet wurde, soll den ehemaligen englischen Kriegsgefangenen und Zivilinterneuten ihre Wohnung ausgezahlt werden. In Frage kommen hierbei 200.000 Personen, von denen sich jedoch bisher nur 19.000 gemeldet haben. Eine erste Rate in Höhe von 200.000 Pfund Sterling (1 Mill. Mark) ist bereits überwiesen. Anlaß wird hierzu folgendes berichtet:

Alle ehemaligen Heimkehrer, die sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben aus deren Erben, auch wenn sie ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papierform erhalten haben, werden aufgefordert, auf Postkarte mit deutlicher Handschrift der Rentverwaltung für Auslandsangelegenheiten, Berlin W. 9, Köhlgrabenstraße 122, folgende Angaben zu machen: „Betr. englisches Guthaben. Vor- und Zuname, genaue jetzige Adresse, Geburtsort, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenentombenliste bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung.“ Erben verstorbenen Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberichtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos und verzögert die Bearbeitung. Militärpässe, Entlassungsscheine, sonstige Personalspapiere oder Reisepässe sind nicht beizubringen. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge des Einganges der Anträge und nur durch die Post. Ein persönliches Abheben durch die Heimkehrer kommt nicht in Frage. Wer kein Guthaben hat, erhält einen ablehnenden Bescheid, gegen den Einsprüche zwecklos sind. Heimkehrer, welche der Rentverwaltung für Auslandsangelegenheiten nach dem 1. Juli 1926 die geforderten Angaben bereits eingeleitet haben, brauchen ihre Anträge nicht zu erneuern, da diese vorgemerkt sind. Da über 200.000 Einzelpersonen in Frage kommen und die englische Regierung zunächst nur den vierten Teil des Gesamtbetrages überwiesen hat, wird die Auszahlung geraume Zeit dauern. Erinnerungsschreiben sind zwecklos und werden nicht beantwortet.

Redner der Revolution

Aus den Reden von Robespierre, Saint-Just, Ferville, Danton, Marat, Thomas Münzer, Pajolle, Babeuf, Karl Liebknecht, Max Höpff

Alfred Beierle

am Sonntag, den 13. Februar, abends 8 Uhr im Künstlerhaus Dresden.

Dieser Regitationsabend ist in Berlin und in den Industriestädten Rheinland-Westfalens mit großem Erfolg durchgeführt worden, so daß Wiederholungen stattfinden mußten. Die JbH hat Beierle nur für einen Abend für Dresden verpflichtet, weshalb es kein Arbeiter versäumen darf, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Karten sind zum Preis von 70 Pf. und 1 M. im Vorverkauf zu haben bei Ries, Seckel, Zigarettengeschäft Held, Pillnitzer Straße 70, Buchhandlung Groß, Jakobsgasse, Volkshandlung Sellmann, Dr. Weigner Straße, Blochwitz, Margraf-Heinrich-Straße, Eisenberg, Schäferstraße Nr. 71, Volkshandlung Schandauer Str. 73, Uhrmacher Hermann, Görlitzer Straße 30, für Erneuerliche im Büro der JbH, Güterbahnhofstraße 24, zum Preis von 40 Pf.

Wer also nun unseren Lesern oder deren Angehörigen daran interessiert ist und sich noch nicht gemeldet hat, hole dies sofort nach, damit jeder Berechtigte zu seinen geringen Beiträgen kommt.

Theater am Wajaplag. Am Sonntag findet die 15. Aufführung von „Schmerzwunden und die 7 Zwerg“ statt. — Die Erstaufführung der dreitägigen Kriminalgeschichte „Ein druck“ von Roberts und Vandsberger, die im Berliner Komödientheater über 100 Aufführungen erlebte, geht mit Adolph Kodes und Elise Kodes in den Hauptrollen am Sonnabend, dem 12. Februar, erstmalig in Szene.

Kindertagesstätten. Die im Kindererholungsheim Ungarles unterrichteten Dresdener Kinder treffen am 11. Febr. abends 11,30 Uhr am Dresdener Hauptbahnhof ein. Die Eltern werden ermahnt, die Kinder zur genannten Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Verbot des Handels bei den städtischen Dienststellen. Der Rat hat Veranlassung genommen, in einem Erlaß an sämtliche städtischen Dienststellen das seit Jahren bereits bestehende Verbot des Handels in städtischen Diensträumen zu erneuern. Hierbei ist jede Art von Handelstätigkeit, insbesondere der Verkauf von Waren, das Sammeln von Warenbestellungen und die Vermittlung von Versicherungen in den städtischen Dienst- und Betriebsräumen untersagt.

Freizeit. Lichtbildervortrag der Gruppe freier Menschen (F. R.) Nächsten Sonnabend findet abends 7,30 Uhr im Rathausaal Fotokapell ein Lichtbildervortrag mit circa 100 Lichtbildern statt. Der Vortrag hierzu lautet: „Proletariat und Radikultur“. Vortragender ist Genosse Lehrer Schmidt, Leipzig. An der Hand der Bilder wird Genosse Schmidt versuchen, den sozialen und hygienischen Wert der Radikultur zu schildern und beweisen, daß die Arbeit der Gruppen freier Menschen ein wertvoller Teil des proletarischen Kampfes auf kulturpolitischem Boden ist. Der Vortrag ist öffentlich und kann von jedermann besucht werden. Freunde, aber auch Feinde der proletarischen Radikultur sind besonders hierzu eingeladen. Eintritt frei.

Rundfunk

Sonnabend, den 12. Februar:

- 4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Aguntz.
- 6—6,15 Uhr: Fußballspiele.
- 6,15—6,30 Uhr: Steuerkundfunk.
- 7—7,30 Uhr: Dr. Hühso: „Was nützt dem Landwirt die Weltwirtschaft?“
- 7,30—8 Uhr: Prof. Dr. Lenz: „Mathematik und Kunst.“ 2. Teil.
- 8 Uhr: Weiterkonzert. Scherzbericht und Zeitangabe.
- 8,15 Uhr: Kinofilmabend. Mitwirkende: Jonta v. Ferenzy und Arthur Kistenmacher (Gelang). Berlin und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. Gelangbegleitung: Alfred Simon.
- 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 10,15—12 Uhr: Tanzmusik. Jazz-Ensemble mit Horst Wolf.

Der Arbeiter-Radioklub Pirna veranstaltet am Sonnabend, den 12. d. M., abends 7,30 Uhr im Volkshaus Pirna einen Experimentalauftritt über Röhre und Wirkungswelt des Elektrizität.

Witterungsaussichten für Sachsen für die Zeit vom 10. 2. abends bis 11. 2. abends. Wechselnd, bewölkt, zeitweise neblig; örtlich geringer Schneefall nicht ausgeschlossen. Flachland Frost um minus 5 Grad. In höherer Lage Temperaturumkehr. Vorwiegend nördliche Luftbewegung.

Luftdruckverteilung: Hoher Druck über 775 Millimeter von Mittelindien über Deutschland bis zu den Alpen. Tiefer Druck unter 755 Millimeter Mittelrussland. Derpressionen nördliches und nordwestliches Europa.

Verantwortlich für den Dresdener und Ostschlesischer: Bruno Goldhamer, Dresden, für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kerner, Dresden. — Druck: „Fremweg“, Druckerei filiale Dresden.

Veranstaltungskalender

Sprechchor Groß-Dresden. Montag, 14. Februar, abends 7 Uhr Bürgergarten, Pöbtau.

Kommunistische Partei

Arbeitsgebiet Heidenau-Tosna. Rufnummer 1001. Wegen Verzögerung des Gen. Kädel bis auf weiteres aus.
Freitag, den 11. Februar:
Spezialkurs im Parteibureau.

Dresden-Johannstadt. Abends 7.30 Uhr im Sportheim, Dürerplatz.

Sonnabend, den 12. Februar:

Dresden-Striesen 1. Abends 7.30 Uhr im Rest Knappe, Bläserwälder Straße. Thema: Reichsparteitag.

Dresden-Neustadt-Alt. Jellengruppe 3. Abends 8 Uhr. Dresden-Neustadt-Alt. Jellengruppe 3. Mitgliederversammlung bei Schimm. In der Dreiflügelkirche, abends 8.30 Uhr.

Freitag, den 11. Februar:
Spezialkurs im Parteibureau.

Dresden-Johannstadt. Abends 7.30 Uhr im Sportheim, Dürerplatz.

Kommunistischer Jugendverband

Alle Gruppen werden aufgefordert, ihr Agitations-Material zur Ausstellung bis spätestens Sonnabend, den 12. Februar, im Bureau abzugeben. Weiterhin muß jede Gruppe bis 4 Uhr nachm. die Fahne zur Ausschmückung des Saales abgeben.

Roter Frontkämpferbund

Freitag, den 11. Februar:

Abt. 2 Dresden-Zentrum. 7.30 Uhr Funktionärslehre im Eilenhof, Kronprinzstraße.

Abt. 7, 8, 10 Dresden. 7.30 Uhr gemeins. Mitgliederversammlung im Gaißhof Dobitz. Thema: Rote Armee. SPD, KPD willkommen.

Delitzschgruppe Freitag. 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im Bergkeller, Freital. Bericht von der Gaukonferenz.

Ostfria. Mitgliederversammlung abends 8 Uhr. Verzicht von der Gaukonferenz, Kulmbachkreis.

Sonnabend, den 12. Februar:
Abt. 7, 8, 10 Dresden. 4.45 Uhr Stellen Marktplatz Dresden. Ansetzung nach Pöbtau zum Feller des einjährigen Festes der Abt. 9. 7.30 Uhr in Stadt Amsterdamm. Kommunistische Groß-Dresden-Abteilungen sind eingeladen.

Ostgruppe Kötzendorf. Kusmarisch. Stellplatz Bahnhof Ede Krone, Wartenau.

Sonntag, den 13. Februar:

Abt. 7, 8, 10 Dresden. 8.30 Uhr Essen am Roten Stern, Deuben, zum Roten Landfesttag. Pflichtdienst.

Montag, den 14. Februar:
Abt. 10, Dresden. Mitgliederversammlung findet nicht heute, sondern morgen Dienstag, 8 Uhr im Gaißhof Dobitz statt.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Montag, den 14. Februar:

Freitag, abends 7.30 Uhr im Bergkeller Deuben: Mitgliederversammlung. Lieberbücher mitbringen. Gäste willkommen.

Rote Hilfe

Sonnabend, den 12. Februar:

Kadeberg. Jahreshauptversammlung im Deutschen Haus abends 7 Uhr.

Dienstag, den 15. Februar:

Jittau. Mitgliederversammlung bei Bachmann, Kuchere Döbner Straße abends 8 Uhr. Tagesordnung: Hölperversammlung, Balalaika-Konzert.

Internationale Arbeiterhilfe.

Sonnabend, den 12. Februar:

Ostgruppe Kötzendorf. Abends 7.30 Uhr im Rest Bürgergarten: Werbe-Mitglieder-Versammlung. Referent Genosse Schrapel. Alle Parteigenossen, KPD, und KPD-Kameraden haben zu erscheinen und ihre Bekannten mitzubringen.

Proletarische Freidenker

Sonnabend, den 12. Februar:

Dresden-Oppelvorstadt. Hauptversammlung im Jugendheim, Oppelstraße 12, abends 7.30 Uhr. Bericht des gesamten Funktionärskörpers.

Sonntag, den 13. Februar:
Deuben-Tollwitz. Jahreshauptversammlung im Rest, Flora, Deubener Straße, nachm. 4 Uhr. Bericht über die Hauptversammlung in Berlin (Berichtsammlung).

Arbeiter Sport

Arbeiter Sportklub Dresden. Sonnabend 10. Febr. 7 Uhr wichtige Sitzung im Volkshaus; alle Mitglieder müssen erscheinen. Verzicht der Sportklubs über ihre Tätigkeit im Sportklub. Genossinnen und Genossen, die Interesse an diesem Punkt haben, können erscheinen.

Frei. Turn- und Sportvereinigung Dresden-Süd. Sonnabend, 12. Febr., im Gaißhof, Strecken, Feldingstraße.

Dresdner Turn- und Sportverein „Fortschritt“. Montag, 14. Febr. Vorstandssitzung Gaißhof Dobitz. — Sonnabend, 19. Febr. Feldingsummitz Donata Neu-West, Tollwitz. — Sonnabend, 26. Febr. Vortragabend. Näheres wird nach bekanntgeben.

Marie Turner-Klub Schlegel-Parfaden. Sonnabend, den 12. Februar, Versammlung bei Ewald Mal, Schanzenstraße, Anfang 7.30 Uhr. Lieberbücher mitbringen.

Turn- und Sportverein „Reich auf“. Neugotterd. 12. Febr. Vorstandssitzung. Zu erscheinen haben alle Neugewählten Vorstand sowie Anwärter. Beginn 8 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Jonsdorf. Sonnabend, 12. Febr., Trainingsübungen im Gaißhof Pöbtau. Anfang 7 Uhr.

Marie Turner Jugendklub. Sonntag, den 13. Februar abends 6 Uhr im Sportheim volkstümliche Versammlung, eventuell musikalische und humoristische Beiträge und sonstige Unterhaltungen. — Fußballabteilung. Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr im Sportheim Schlegel-Parfaden. Alle geprüften Schiedsrichter haben zu erscheinen. Interessenten sind besonders hierzu eingeladen.

Sport- und Kulturklub Heidenau. Dohm u. Hing. Montag 11. Febr., abends 8 Uhr Kartell-Versammlung im Jugendheim des neuen Sportplatzes. Die Berichte über ihre Tätigkeit nach nicht gemeldet haben können es bis Montag noch tun, sonst haben sie kein Stimmrecht.

Ämterliche Bekanntmachungen

Brand-Erbisdorf

Neuwahlen für den Bezirkstag

Am 5. Wahlkreis des unteren Bezirks Stadt Brand-Erbisdorf und Gemeinde Jug. sind folgende Wahlvorschläge als gültig anerkannt worden:

a) Wahlvorschlag der bürgerlichen Gemeindevorordneten

1. Bollmann, Ernst, Schmiedemeister Brand-Erbisdorf,
2. Hofmann, Bruno, Kaufmann, Jug.
3. Wächter, Arno, Kaufmann, Brand-Erbisdorf,
4. Ludwig, Albert, Wirtschaftsbetreiber, Jug.
5. Pomiet, Willi, Holzarbeiter, Jug.
6. Reichle, Ernst, Sägemerksbetreiber, Jug.

b) Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei

1. Schöner, Arthur, Bürgermeister, Brand-Erbisdorf,
2. Schill, Franz, Glasmacher, Brand-Erbisdorf,
3. Uhlir, Karl, Bierneischer, Jug.
4. Schinke, Paul, Glasmacher, Brand-Erbisdorf,
5. Pomiet, Willi, Holzarbeiter, Jug.
6. Gricwalch, Karl, Schulleiter Brand-Erbisdorf,
7. Richter, Richard, Maurer, Jug.
8. Meier, Oskar, Glasmacher, Brand-Erbisdorf.

Die Wahl selbst findet, wie bereits bekanntgegeben, am Sonntag, den 13. Februar 1927 vormittags 11 Uhr, im Rathungssaal in Brand-Erbisdorf statt.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses findet am gleichen Tage und im gleichen Saale mittags 12 Uhr in öffentlicher Sitzung statt.

Brand-Erbisdorf, am 9. Februar 1927.

Der Bürgermeister, zugleich als Wahlkommissar.

Freital

Hundsteuer.

Am 1. Februar d. J. war der 4. Termin Hundsteuer für das Rechnungsjahr 1926 fällig. Die Steuer ist bis zum 20. d. M. bei Vermeidung des löschpflichtigen Mahn- und Beitreibungsvorfahren an die Stadtsteuerkasse zu entrichten.

Kat der Stadt Freital, am 8. Februar 1927.

Werbt neue Abonnenten!

Kaiser Auszug Mehl	Hart Weizen Grieß	T. BIENERT DRESDEN Haermühle Rohmühle	Kinder Weizen Grieß	Haushalt Weizen Mehl
--------------------	-------------------	---	---------------------	----------------------

die unvergleichliche
PASCH-EXTRA
ULEHARDSDRESDEN

Kraftwagen-Führer
Sektion Pirna und Umgegend

Sonnabend, den 12. Februar
6. Gründungsfeier
im Volkshaus „Weißes Roß“, Pirna
Humoristische und künstlerische Aufführungen
Große Verlosung — Hauptgewinn: ein Ch. l. eiongus
Großer Festball
Mitwirkende: Lindaus Varello-Gesellschaft, Dresden, Fests-Tanz- und Spielvereinigungen, Gesangverein Echo, circa
Gäse herzlich willkommen!
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr
Der Vergnügen-austausch

<p>Central-Theater Freitag bis mit Montag Das Film-Ereignis der wählenden Lichtspiel-Theater der Welt Der Wolschiller Im Beiprogramm: Tim, der Schlauberger eine Arienkomödie sowie die Dullwode Nr. 6 Beginn: Wochentags um 7.30 Uhr Sonntags um 7 und 9 Uhr</p>	<p>Palast-Theater Freitag bis mit Montag Reinhold Schünkel in seinen lyrischen Kriegserlebnissen in der Heimt, da gib's ein Wiedersehen Der 1. Teil a G.-B.-Film in 7 Akten Heitere Bilder aus erster Zeit Im Beiprogramm: Der erste Expeditionsfilm der Ufa Auf den Spuren der Azteken Ein interessanter Reisefilm in 5 Akten Wunder und Orbenisse Mexikos Beginn: Wochentags 7.30 Uhr Sonntags um 4 Uhr Jugendliche haben Zutritt!</p>
---	---

Ausnahme - Angebot!

Eine Ladung **Holstein. Blockwurst I** Pfund 1.64 RM.

Wurstwaren: **Holst. Serrelatwurst I** Pfund 1.64 RM.

ist soeben eingetroffen — Abgabe nur an Mitglieder

Konsumverein Vorwärts

Mitglied kann jeder werden — Einschreibgebühr 50 Pf.

Gehreie Zahlen

Von R. Spengler.

Im Verlaufe des in der Industrie durchgeführten Rationalisierungsprozesses wurde von den Großindustriellen als auch von bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Rationalisierung in erster Linie technischen Fortschritt bedeutet. Gesellschaftliche Sozialdemokratie und mit ihr die freien Gewerkschaften haben immer und immer wieder versucht, die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der Rationalisierung zu überzeugen. Alle Nachweise unterseits, daß die Rationalisierung hauptsächlich in höherer Ausbeutung der Arbeiter und nicht im technischen Fortschritt liegt, wurden als die üblichen Verdrehungen und Lügen der Kommunisten hingestellt. Jetzt hat Dr. Fritz Pinner in der 'Kritik des Berliner Tageblatts' vom 5. Februar, betitelt 'Das Wunder des Kapitalmarktes', zu dieser höchst wichtigen Frage in einer Weise Stellung genommen, die unsere Hinweise bestätigt. Dr. Pinner schreibt u. a.: 'Die Strukturveränderung der Rationalisierung hat die vermehrten Kapitalanforderungen der Rationalisierung bis zu einem gewissen Grade kompensiert. Die massenhaften Rationalisierungsaufwendungen haben zwar gewiss auch im abgelaufenen Jahre noch erhebliche Kapitalaufwendungen erfordert. Aber die Feststellung aus maßgebenden Kreisen des Maschinenbaus, daß im Jahre 1926 nur etwa 20 Prozent des vorjährigen Abzuges an Maschinen erreicht worden ist, scheint doch dafür zu sprechen, daß diese Aufwendungen nicht so groß gewesen sind, wie man das öfters unter dem Eindruck der stark betonten Rationalisierungstendenzen erwartet hatte.' Ganz klar und eindeutig stellt hier ein bürgerlicher Wirtschaftspolitiker fest, daß die Mehrproduktion, die durch die Rationalisierung herangezogen wird, vor allen Dingen durch die erhöhte Ausbeutung herbeigeführt wird. Dasselbe zeigt sich gerade noch krasser in einem, in demselben Blatt erschienenen Geschäftsbericht der AEG. In demselben wird für das Jahr 1926 ein Geschäftsgewinn von 14,67 Millionen Reichsmark gegenüber 12,01 Millionen des Vorjahres ausgewiesen. Also hier schon eine Steigerung von 2,66 Millionen Mark. Diese Steigerung des Geschäftsgewinnes wurde nicht etwa bei einer Vermehrung der Belegschaft gewonnen, sondern in dem Geschäftsbericht wird eindeutig festgestellt: 'Die Beschäftigung hat sich vermindert. Eine Vermehrung der Belegschaft trat indessen — als natürliche Folge der Rationalisierung — nicht ein. Die Leistung an Dampfmaschinen, Turbogeneratoren und verwandten Betrieben erreicht mehr als die doppelte Höhe des Vorjahres.' — Trotz gleichbleibender Belegschaft!

Selbstverständlich konnte ein kapitalistisches Blatt nicht die Richtung unserer Behauptung, daß die Rationalisierung nur auf Kosten der Arbeiter vor sich geht, beweisen. Ungeheuer erhöhte Ausbeutung auf der einen Seite, Steigerung des Profits auf der anderen Seite. Das ist die Rationalisierung. Interessant ist, wenn man einmal den Handelspreis der Zeitungen durchsieht. Hieran findet man eine Steigerung bei der Verteilung der Zeitungen. Folgende Beispiele mögen dies beweisen. Die 'Augsburger Allgemeine' u. 'Frankfurter Zeitung' wie im Vorjahr 10 Prozent. Die Eisenbahnsignalanstalten Max Jüdel, Stamer in Frankfurt, AG., betreibt 8 Prozent, im Vorjahr 6 Prozent, die Firma Schudert u. Salzer, Chemnitz sogar 15 Prozent, im Vorjahr 12 Prozent, Braunschweiger Portland-Zementwerke 5 Prozent usw.

Das ist in Wirklichkeit die notleidende Industrie! Millionen und aber Millionen der aus der werktätigen Bevölkerung herausgeworfenen Steuerzahler wurden diesen Industriemagnaten in den Rücken geworfen, Lohnabbau in einer ganzen Reihe von Betrieben durchgeführt, Lohnsenkungen mit dem Hinweis auf die Unrentabilität der Betriebe abgewiesen. Und dies, obwohl Woche für Woche der Lebenshaltungssindex steigt. Die Auswirkung dieser schamlosen Ausbeutungsmethoden zeigt sich am stärksten in einer Steigerung der Unfälle in den Betrieben und in einer Steigerung der Krankheiten. Das statistische Reichsamt verzeichnet im 2. Vierteljahr 1926 über die Betriebsfälle, daß 28 438 Personen an Tuberkulose und Lungenerkrankung erkrankten. Verunglückt sind 5081 Personen. An Krebs und anderen und ähnlichen Krankheiten starben 2750 Personen usw. Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit den Weg, den die deutsche Bourgeoisie mit ihrer Rationalisierung beschritten hat.

Die Regierung des Bürgerblocks versucht, diese Tendenz durch ungeheure Verschlechterung der Sozialgesetzgebung zu unterbinden. — Bezeichnend ist, daß diese Regierung im neuen

Etat bei dem Kapitel Fürsorge der Kriegsoffer 100 Millionen gegenüber dem Vorjahr getrichen hat! Schon reagierten die werktätigen Massen auf diese schamlosen Streiche des Bürgerblocks. In Berlin haben die Kriegsoffer in Massenkundgebungen gegen den Schandplan der Regierung protestiert. Jetzt kommt es darauf an, daß in den Gewerkschaften die zum Teil noch bestehenden Illusionen, daß Rationalisierung technischer Fortschritt bedeute, an Hand der Tatsachen zerstört wird. Das Gebot der Stunde ist, die Millionen Gewerkschaftler zu mobilisieren zum Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und für das Kampfprogramm des Kongresses der Werktätigen. Nur dadurch ist es möglich, die Fesseln dieses Systems abzuwerfen und die Lage des Proletariats zu verbessern.

Deutsch-amerikanischer Eisenkampf

Seit mehr als einem Jahre wird zwischen den Eisenindustriellen Deutschlands und der Vereinigten Staaten ein Kampf ausgefochten, der wirtschaftlich und politisch von großem Interesse ist. Die deutsche Eisenindustrie verfolgt seitens der Politik, durch hohe Eisenzölle die inländischen Eisenverbraucher und die werktätigen Massen zu schütten, um mit Hilfe der durch diese Exportzölle angesammelten Kampfzölle auf dem Weltmarkt eine Schuttschutzkonferenz zu treiben (Dumping-Politik). Durch diese Politik gelang es der deutschen Eisenindustrie, Abzweiger auf der Ostküste Amerikas zu gewinnen und dorthin trotz Fracht und hoher amerikanischer Zölle billiger zu liefern als die einheimischen amerikanischen Eisenwerke. Diese letzten darauf ihren Regierungsgapparat in Bewegung und ließen ein Gesetz herausbringen, durch das der deutsche Eisenexport nach Amerika mit einem Sondersoll belegt wurde. Zunächst wurden davon Eisenbahnfabrikate betroffen. Die deutsche Regierung leitete eine große diplomatische Aktion ein; eine gemeinsame Kommission wurde eingesetzt, durch die zunächst die Aufhebung der amerikanischen Sonderzölle vereinbart wurde. Jedoch hat die Freude der deutschen Eisenindustrie über diesen 'Sieg' nicht lange angehalten. Der amerikanische Staatssekretär Mellon erließ eine Verordnung, die den deutschen Rohisenexport nach Amerika mit außerordentlich hohen Sondersollen bis zu 50 Prozent belegt. Für Rohisen liegt ein ähnlicher Fall vor wie für die Halbfabrikate; auch hier treibt die deutsche Eisenindustrie Dumpingpolitik. Daß diese Politik nicht ohne Erfolg blieb, beweist der rasch wachsende deutsche Anteil an dem amerikanischen Eisenimport:

Amerikanische Einfuhr aus Deutschland.	1924	1925	1926
11 000 To. = 0,08 Prozent	88 000 To. = 0,24 Prozent	167 000 To. = 0,42 Prozent	11 000 To. = 0,14 Prozent
Deutsche Ausfuhr nach U.S.A.	88 000 To. = 0,86 Prozent	167 000 To. = 1,74 Prozent	

Kunmehr hat der amerikanische Imperialismus den deutschen Industriellen dies schone Geschäft in seiner besten Entwicklung geföhrt und ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das trifft die deutschen Schloßbarone doppelt hart, denn die französische und belgische Eisenindustrie kann weiterhin unangehindert nach den Vereinigten Staaten ihr Rohisen liefern. Die Verordnung stellt also indirekt eine Begünstigung der französisch-belgischen Konkurrenz gegen Deutschland dar, was den deutschen Eisenindustriellen um so unangenehmer ist, als sie gegenwärtig einen Kampf gegen ihre westeuropäischen Partner am Stahlmarkt um eine Neuverteilung der Kartellquoten führen.

Im übrigen kommt der Verordnung über den Eisenfall hinaus eine prinzipielle Bedeutung zu. Sehr viele deutsche Wirtschaftszweige treiben dieselbe Dumpingpolitik wie die Eisenindustrie, und haben nur durch dieses Geschäftsgeheimnis eine ausreichende Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erreicht. Das amerikanische Vorgehen gegen die deutsche Rohisenkonferenz wird vielleicht nicht ohne Nachahmung bleiben. Da aber die Steigerung des deutschen Exports zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz und zur Ableitung der Zins- und Damesleistungen unerlässlich ist, so muß eine Fortführung dieses Kurses der Sonderbesteuerung der deutschen Ausfuhr und eine eventuelle Nachahmung durch andere Länder (besonders England) auch zu schweren innerwirtschaftlichen Erschütterungen Deutschlands führen. Das Vorgehen Amerikas in der Eisenfrage stellt nur einen

Ausschnitt dar aus dem allgemeinen imperialistischen Jök- und Wirtschaftskampf der Großmächte gegeneinander und ist ein Beweis für die zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskämpfe zwischen ihnen.

Generalversammlung der Holzarbeiter, Dresden

Einen äußerst unruhigen Verlauf nahm die am 26. Januar stattgefundene Generalversammlung der Holzarbeiter. Die Furcht vor der Abrechnung mit der Opposition veranlaßte die Verwaltung, die Meinungsfreiheit aufs äußerste zu beschränken. Einmal brachte man eine umfangreiche Tagesordnung, andererseits mußte das Lokal baldigst wieder geräumt werden. Schon die Tagesordnung rief deshalb einen Antrag hervor, die Punkte Wahlen der Kandidaten zum Verbandstag, Wahl der Gaubelegierten abzulehnen, da der Geschäftsbericht, sowie die Rechnungen der Ortsverwaltung genügend Zeit in Anspruch nehmen würden. Da die Verwaltung bestrebt war, möglichst alles ohne viel Worte zu erledigen, plädierte sie für Ablehnung, was dann auch geschah.

Nach dem Geschäftsbericht wurde der Verband durch die Arbeitslosigkeit hart in Anspruch genommen. Wenn es auch gelang, den arbeitslosen Kollegen, denen es in Dresden 1926 durchschnittlich 200 gab, die Unterstützung auszusprechen, lächelte die Krise dank der Einstellung der reformistischen Verbandsführung anderweitig jede Bewegung. Nicht nur daß in außerordentlich Bezirken Lohnherabsetzungen ermöglicht wurden, auch in Dresden gelang es den Unternehmern, die Akkordlöhne besonders in der Pianoindustrie, um 7 Prozent durchschnittlich zu senken. Alle sonstigen Versuche, den Lohn zu senken, überließen, zumal es nicht gut möglich war, den Hungerriemen noch enger zu schnallen.

Die Diskussion, wo man fürjünglich 10 Minuten Redezeit gewährte, bemängelte die harte Haltung in der Arbeitslosenfrage, das Fehlen der Behandlung des Kartelltarifes, die geplante Ferienverschlechterung, die erneute Festlegung der Arbeitszeit über die 46-Stundenwoche usw. Die verstärkte Redezeit machte es jedoch unmöglich, diese Punkte etwas eingehender zu behandeln, was der Geschäftsführung sehr zu behagen schien. Anträge betreffend die IGS wurden sodann als unzulässig erklärt, ein Antrag, die Beschlüsse des Verbandes auch in der Arbeiterstimme zu veröffentlichen, angenommen.

Der Punkt Neuwahlen der Ortsverwaltung wurde wegen vorgerückter Zeit fast ohne Diskussion erledigt, doch konnte man in den Vorschlägen eine Verbreiterung der Front des linken Flügel feststellen. Neben Kommunisten kamen sozialdemokratische Oppositionelle in Vorschlag. Die Abstimmung ergab jenseits 470 Stimmen für die alte Verwaltung, 200 Stimmen für die Spitze der Opposition. Im Vergleich zu 1924 mit 900:300, 1925 mit 630:100 und 1926 mit 560:120 zeigt sich bei dauerndem Rückgang der abgegebenen Stimmen ein stetes Anwachsen des linken Flügels im Holzarbeiterverband, wenngleich es noch nicht genügt, um in die Verwaltung einzudringen.

Die Wahlen der Kandidaten zum Verbandstag, der Gaubelegierten und der Revisoren gingen fast im allgemeinen Aufbruch unter, so daß es unmöglich und zwecklos war, irgendwelche Stellung zu nehmen. Bei den Wahlen der Revisoren wurden 3 B. nur noch 300 Stimmen abgegeben. Bei allen Wahlen wurden die gedruckten Vorschläge der erweiterten Verwaltung gewählt, worunter auch oppositionelle Kollegen zu finden sind. Kennzeichnend hierbei ist, daß der Kandidat Hennig, dessen Name nicht mit auf der gedruckten Liste stand, trotz eifrigem Eintreten Wagners nur 69 Stimmen erhielt. Man sieht an diesem Beispiel, wie nicht reformistische Weisheit, sondern vielmehr die Bequemlichkeit der Kollegen die Stille der reformistischen Verwaltung ist.

Zum Schluß der Versammlung legte Kollege Schwarze Protest gegen die Wahlen zur Ortsverwaltung ein, da er feststellte, daß ohne daß die Wahlhandlung begonnen hatte, Stimmsettel im Kasten gewesen sind. Ihm wurde bedeutet, daß hierfür der Hauptvorstand maßgebend sei. Ein gleicher Protest gegen die Verbandstagkandidatenwahl, wie Gaubelegiertenwahl ist laut Statut möglich, denn nach § 11 Abs. 6 ist bei diesen Wahlen die Tagesordnung vorher bekanntzugeben. Dielem Protest Nachdruck zu verleihen, muß Aufgabe der oppositionellen Kollegen sein.

Mögen die Ergebnisse der Generalversammlung dank der Regie der reformistischen Verwaltung so manchem nicht gerecht werden, die Opposition muß es sich trotzdem zur Aufgabe machen, unermüdet an der Gewinnung der Kollegen zu arbeiten durch aufbauende Arbeit und sachlich scharfe Kritik.

Proletarische Gemeindevertreter-Konferenz in der Amtshauptmannschaft Zittau

Sonnabend, den 12. Februar, abends 8,30 Uhr in der Volkshaus Zittau. Thema: Die Aufgaben der Kommunisten im Bezirkstag. Referent vom Bezirk. Alle Ortskommissionen und Gemeindeverordneten müssen unbedingt erscheinen. Kompletierung der Amtshauptmannschaft Zittau.

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(18. Fortsetzung.)

Was ist es ganz einleuchtend, was für Lektüre er liebt — er liest nur Unterhaltung, ein Spielzeug sozusagen, aber keinen Kram. Ab und zu fragt auch wohl einer plötzlich nach verbotenen Büchern.

Wieso — nach verbotenen? — fragte der Rothhaarige und bliff die kleinen Augen zusammen.

Nach solchen, die für die Bibliothek verboten sind, die im Ausland erscheinen oder heimlich in Rußland gedruckt sind.

Kommen denn solche Bücher in den Handel?

Jetzt wird er ganz leise sprechen, sagte sich Jewsej, der an verschiedene ähnliche Szenen erinnerte. Und er hatte sich wiederum nicht getäuscht.

Er bestete seine Augen fest auf das Gesicht des Rothhaarigen und sagte dann im Flüsterton:

Warum denn nicht? Manchmal kauft man eine ganze Bibliothek — na, und da ist eben alles darunter, alles.

Haben Sie solche Bücher vorräthig?

Es werden sich wohl einige finden.

Zeigen Sie mal her! — sagte der Rothhaarige.

Ich muß Sie aber bitten... nur unter strengster Verschwiegenheit!... Es ist nicht des Gewinnes wegen, wissen Sie, sondern mehr aus Hochachtung... man will gefällig sein.

Der Mann mit dem trunkenen Rücken hörte auf zu pfeifen, lächelte die Brille zurecht und betrachtete aufmerksam den Alten.

Heute war der Prinzipal Jewsej ganz besonders zuwider, den ganzen Tag über beobachtete er ihn mit verhaltener, kalter Bosheit, und als jetzt der Rothhaarige mit dem Alten nach den hinteren Räumen des Ladens gegangen war und ihm dort Bücher zeigte, sagte Jewsej plötzlich, halb wider Willen, im Flüsterton zu dem zweiten Käufer:

Kaufen Sie jene Bücher dort nicht...?

Er fuhr bei seinen eigenen Worten jäh zusammen. Unter der Brille herausschauten zwei helle, blitzende Augen ihm tragend ins Gesicht.

Warum nicht?

Nach einer Weile antwortete Jewsej mit sichtlicher Anstrengung:

Ich weiß nicht...?

Der Käufer schob von neuem die Brille zurecht, rückte von Jewsej ab und begann lauter zu pfeifen, während er von der Seite her nach dem Alten schaute. Dann warf er den Kopf empor, worauf er mit einem Male viel gerader und statischer erschien, und während er seinen grauen Schnurrbart strich, trat er, ohne sich zu beunruhigen, an seinen Freund heran, nahm das Buch aus dessen Hand und warf es auf den Tisch. Jewsej folgte ihm mit den Blicken und erwartete, daß nun etwas Furchtbares über ihn hereindringen würde. Doch der Gebückte berührte nur die Hand seines Freundes und sagte ruhig:

„Kun gehen wir...“

„Und die Bücher?“ rief der Rothhaarige aus.

„Gehen wir... ich werde hier nicht kaufen...“

Der Rothhaarige sah ihn an, blidte dann auf den Prinzipal, blinzelte ein paar mal mit den kleinen Augen und ging nach der Tür, die auf die Straße führte.

„Wollen Sie nichts kaufen?“ fragte Kaspapow. Jewsej merkte am Ton vieler Worte, daß der Alte sehr erkaunt war.

„Nein,“ verlegte der Käufer und sah dabei unerwartet in das Gesicht des Alten. Dieser zog den Kopf zwischen die Schultern, trat hinter seinen Tisch zurück und begann unter lebhaften Gestikulationen plötzlich und mit unnatürlich lauter Stimme zu reden, die Jewsej an ihm noch nicht kannte:

„Natürlich, wie Sie wollen... aber ich kann das, verzeihen Sie, nicht verstehen...“

„Was können Sie nicht verstehen?“ fragte der Gebückte lächelnd.

Zwei Stunden oder noch länger haben Sie hier herumgewühlt... haben um den Preis der Bücher gefittelt und nun mit einem Male — warum das?“ rief der Alte heftig erregt.

„Vielleicht darum, weil ich mich Ihrer widerlichen Kränke erinnere... Sie sind noch nicht verreckt? Wirklich schade!“

Der Gebückte sprach diese Worte langsam, — nicht laut, doch deutlich, und verließ dann, ohne sich zu beunruhigen, mit schwerem, laut widerhallendem Schritt den Laden.

Einen Moment schaute der Alte ihm nach, dann sprang er plötzlich von seinem Platz auf, trippelte auf Jewsej zu, sagte ihm an der Schulter und begann hastig im Flüsterton zu sprechen:

„Geh ihm rasch nach — du mußt in Erfahrung bringen, wo er wohnt! Unbedingt, verstehtst du? Und so rasch wie möglich!“

Jewsej schwannte von einer Seite auf die andere und wäre hingefallen, wenn ihn der Alte nicht festgehalten hätte. Er empfand eine Leere in der Brust, und die Worte des Alten verursachten dort ein trockenes Geräusch, wie Erbsen in einer Kinderlappet.

„Was zitterst du so, Dummkopf! Hörst du nicht, was ich sage?“

Jewsej fühlte, daß die Hand des Alten sich von seinem Körper gelöst hatte und lief zur Tür.

„Halt — Schafskopf!“

Er blieb, von dem Ruf erschreckt, stehen.

„Wie konnte ich nur — du taugst ja zu gar nichts...“

„Ach, mein Gott... Geh mir aus den Augen, du...“

Jewsej sprang in seinen Winkel zurück. Zum erstenmal sah er den Alten so böse und begriff, daß in dieser Bosheit sich auch ein gut Teil Furcht barg — ein Gefühl, das er nur zu gut kannte. Und obgleich ihm selbst noch der Schreck in den Gliedern steckte, empfand er doch eine Befriedigung über die Aufregung des Prinzipals.

Der kleine kauzige Alte tobte im Laden auf und ab, gleich einer Katze, die in der Falle sitzt. Er lief zur Tür, steckte den Kopf auf die Straße, redete den Hals aus, schrie von neuem in den Laden zurück, betastete sich mit den schmerzigen, kratzigen Händen und murmelte und schrie abwechselnd, wobei er den Kopf so heftig schüttelte, daß die Brille auf seinem Gesicht hin und her sprang.

„A-na... du Schurke, ja-a... du Schurke... ich liebe noch... lebe...“

Ein paar Minuten später rief er Jewsej zu:

„Schließ den Laden.“

Als er sein Zimmer betrat, betrauzigte er sich leuchtend tief auf und warf sich auf den schwarzen Divan. Sein sonst so glattes Gesicht war mit Runzeln bedeckt und sah zusammengeknallt; es war, als ob ihm die Kleider plötzlich zu groß geworden wären — sie hingen in Falten um den vor Erregung zitternden Körper.

„Sag der Wirtin, daß sie mir einen Pfeffer Schnaps geben soll... ein großes Glas...“

Als Jewsej den Schnaps herbeibrachte, erhob sich der Prinzipal, leerte das Glas mit einem Zuge und schaute lange, den Mund weit geöffnet, Jewsej ins Gesicht. Dann fragte er:

„Begriffst du, daß er mich getränkt hat?“

„Ja,“ sagte Jewsej.

„Und wodurch — begriffst du das?“

„Nein.“

Der Alte hob die Hand, drohte schweigend mit dem Finger und sagte mit gedrohter Stimme:

„Ich kenne ihn... ich kenne ihn viele!...“

(Fortsetzung folgt.)

Nachruf!

Kurze Zeit nach ihrer Verlegung in den wohlverdienten Ruhestand ist Frau

Anna Theresie verw. Hennesdorf
Stadthebamme i. R.

am 6. Februar verstorben.

Fast 40 Jahre lang hat die Verstorbene mit vorbildlicher Treue und großer Hingabe ihr schweres Amt als Hebamme im Städtel Sauderode verwaltet.

Durch ihr lautes Wesen hat sie sich das Vertrauen der Bevölkerung und die Achtung der vorsetzenden Behörde erworben. Wir werden ihr stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Freitag, am 8. Februar 1927.

Dr. Wedderhoff
Oberbürgermeister

Die Abteilung Berufsberatung und Vermittlung und beim Arbeits- nachweis Freital und Umgegend

hat für sofort und Offern noch Behelfen
für folgende Berufe zu befehen:

Maschinenflößer
G. sendreher
Eisenarbeiter
Eisen-ormer
Stahlformer
Driller
Kobler

Stahlbauer
Bader
Zigarrenmacher
Zigarrenmachetinnen

Bewerber für solche Stellen können sich melden in der
Geschäftsstelle: Freital, Lange Straße 19
Geschäftszeit 8 bis 4 Uhr, Fernruf 695

Kluge Eheleute!

Alle vom. ued. Art. f. Männer, Frauen,
Säuglinge / Gummwaren, Spülappat
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Bergrestaurant PIRNA

Jeden Sonnabend und Sonntag
Großer öffentlicher Ball
Hierzu laden ergeb. ein Best u. Frau

Carolabad Pirna - Jeden Freitag und Sonntag Große Ballschau

Es laden ergeb. ein P. Taggesell u. Frau

Gustav Böhme, Osritz

Manufaktur-, Kurz-, Weiß-
u. Wollwaren / Spez. olifär:
Wäsche, Wäschestoffe u.
Gardinen in erstkl. Quali-
täten zu soliden Preisen

Achtung! Striesen!

**Großes
Schlach-
fest**
Pohlandgarten
Pohlände, Ecke Wittenberger Straße

Theater am Wasaplatz
Mit der Gestalt, in 11. Heft, magisch um web
Veronika
Ein Trauerspiel in 4 Akten von Hans Müller
Leitende: G. v. Moberg
2te Vorstellung, den 12. Febr., täglich 8 Uhr abds
Schlussprobe für Dresden!
Einbruch
Krim-Produkte in 3 Akten u. Robert v. Lumbert
Mag. Blatte, der Gaskubikung. Robert Moberg
Sonntag, den 13. Febr., nachm. 4 Uhr
Schneewittchen u. die 7 Zwerge
2te Vorstellung in 10 Bildern

Tymians Täglich
Das Thalia- 8 Uhr
einziges Theater
wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntag gültig!

Von Herrschaften wenig gebr. Her-
u. Damen-Garderobe sowie Schuhe,
Kasacke... von 10 M. ab
Kasacke... von 3 M. ab
Mäntel... von 0,75 M. ab
Wintermäntel, von 10 M. ab
nur Garderobehaus zur billigen Quelle
Am No. 13, am Postplatz

Fahrräder
nur erstklassige Marken, zu bedeu-
tend herabgesetzten Preisen

Nähmaschinen
äußerst preiswert, - Großes Lager
am Platze. - Teilzahlung gestattet!
Besteingerichtete Reparaturwerkstatt
Eigene Schweißerei und Dreherei -
Spez.: Rahmenbrüche, Emailieren
und Vernickeln solid und preiswert
W. Haak, Copitz, am Rathaus



Nach getaner Arbeit
versöhnt eine gute Zigarette mit den
Widerwärtigkeiten des täglichen Lebens.
Unsere altbekannten Salem-Marken in
ihren neuen Qualitäten erfüllen die An-
forderungen, die an eine gute Zigarette
gestellt werden.



**SALEM
LUCULLUS
5 Pfg.**

**SALEM
ROT 4 Pfg.**

SALEM-ZIGARETTEN

mit dem goldenen Wappen auf der Packung

Zur Konfirmation

25.- M. 10.50
10.50 M. 22.- M.

Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
stets das Neueste, Teilzahlung gestattet
Garderobehaus Pirna
Inhaber: Jos. Sander
Schmiedestraße 33, Tel. 354.

**Schindlers
Roßschlächterei**
Pirna, Schmiedestraße
empfiehlt seine prima
Fleisch- und Wurstwaren

**Freie Turnerschaft
Bischofswerda**
Sonntag, den 12. Febr., abends 7 Uhr
im Gasthof zum neuen Anbau
Fastnachts-Vergnügen
Kommen! Sehen! Staunen! Der Vers...!

D | Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen | D

DRESDEN	NEUSALZA-SPREMBERG	OBERRIEDERSDORF	OPPACH
<p>Drema A.G. Dresden Würzburger Straße 9</p> <p>Milch Molkereiprodukte</p> <p>Sonstige Lebensmittel</p>	<p>Gustav Hofmann Musikhändlg., Spez. Schallmeien</p> <p>Wilhelm Böhmer Fleischer</p> <p>Julius Scharf Kolonialwaren, Lebk. und Zigarren</p> <p>Otto Fiedler Kolonial- und Feinkosthandlung</p> <p>G. A. Scheffler Woll- und Baumwollwaren</p> <p>Ad. Mensels Nachf., K. Fiebigler Kolonialwaren, Lebk. und Zigarren</p> <p>Otto Mellner Zigarren und Lebk.waren</p>	<p>Kurt Schuster, Oberriedersdorf Fahrräder / Nähm. -chinen / Reparaturen Lohnliche Teilzahlung</p> <p>Ernst Böhmer, Niederriedersdorf Brot und Weißbäckerei</p> <p>Kretscham, Oberriedersdorf Ish. Otto Kautz</p> <p>Hermann Lehmann Fleischer mit zentr. Betrieb Niederriedersdorf</p> <p>Friedrich Thiele Kolonialwaren Niederriedersdorf</p> <p>Oskar Heisel, Oberriedersdorf Fleischer, Wurstwaren</p>	<p>OTTO GRUNLE Brot- und Feinbäckerei</p> <p>RICHARD DABERITZ / OPPACH Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren</p> <p>Adolf Döbel / Oppach Reisbäckerei / Speise- u. Lebk.</p> <p>Kino Ebersbach Oppach-Siedland bringt laufend die neusten Arbeiter-Filme</p> <p>Gasthof „Heiterer Blick“ Inh.: Wilh. Seidemann / Oppach</p> <p>Kaufhaus Rüst / Oppach Die vornehmste Einkaufsquelle für jedermann</p> <p>REINHOLD PILZ u. NN Feine Fleisch- und Wurstwaren</p>
<p>GERMANIA-DROGERIE Farben und Drogen Kolonial- und Tabakwaren</p> <p>Delvald Striegel Schm. und Manufakturwaren</p>	<p>BEIERSDORF E. W. Kretschmar Nachf., Max No. 10 u. 11 Kolonialwaren Kurz- und Galanterie-, Spiel- und Zuckerwaren-Geschäft</p> <p>NEUSALZA SPREMBERG Max Erbe, Olmselzeisler Reparaturwerkstatt, Spezialität: Spinnerei</p> <p>Kurt Pinkert Pelzwaren, Hüte, Mützen Spezialität: RFB-Mützen</p> <p>Wilhelm Wünschler Gasthof grüner Baum</p> <p>Farben und Lacke E. Tietze</p>	<p>OPPACH Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen, Gespinnste Teile, Lebk. u. Wurstwaren Oskar Förster / Oppach</p>	